

DEUTSCHE

POLIZEI

MÄRZ 2016 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



FOREIGN FIGHTERS:

**Die ausländischen
Unterstützer des IS**



Auch die tapfersten Beschützer brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

REAKTIONEN

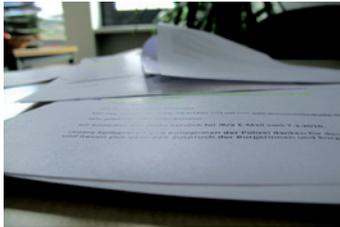


Foto: Zielasko

Die Vorfälle in der Silvesternacht in deutschen Städten und die damit deutlich sichtbar gewordenen personellen Probleme der Polizei haben in der Bevölkerung eine breite Diskussion ausgelöst. Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) erreichte in den Januarwochen per E-Mail eine Vielzahl von Meinungsäußerungen besorgter Bürger.

Seite 10

MITBESTIMMUNG



Foto: Zielasko

2016 ist ein wichtiges Jahr für die Beschäftigten der Polizeien von Bund und Ländern. Gleich in sieben Bundesländern stehen Personalratswahlen an – in Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen sowie bei der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt auf Bundesebene.

Seite 18

VERKEHRSGERICHTSTAG



Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Blutprobe: Nahezu einstimmig wurde empfohlen, dass der Richtervorbehalt in Paragraf 81 a Abs. 2 StPO zu streichen und eine originäre Anordnungs-kompetenz der Ermittlungs-personen der Staatsanwaltschaft zu schaffen sei. Wird dies umgesetzt, kann die Polizei einen großen Erfolg aus diesem Arbeitskreis mitnehmen.

Seite 37

INHALT

März 2016

- 2** **TARIFRUNDE 2016** Philipp: „Polizisten können von warmen Politikerworten nicht leben“
- 3/39** **FORUM**
- 4** **TITEL/TERRORISMUS** Foreign Fighters – Die Fünfte Kolonne des Islamischen Staates
- 8**  **POSITIONSPAPIER** Gegen Billiglösungen – Flüchtlingssituation mit durchdachter Politik bewältigen
- 10** **REAKTIONEN** Ein DANKE für die Polizistinnen und Polizisten
- 14** **GEWERKSCHAFTEN** DGB: Sorge vor Rechtsruck in Europa
- 16** **MEINUNGSAUSTAUSCH** GdP-Spitzen im Gespräch mit dem Bundesinnenminister
- 18** **MITBESTIMMUNG** Zahlreiche Personalratswahlen in diesem Jahr
- 19** Deutscher-Personalräte-Preis 2016 – jetzt bewerben!
- 19** **TIPP** Bund-Verlag startet Facebook-Seite für Personalräte
- 20** **BILDUNGSREISE** Im Heiligen Land unterwegs
- 20** **WAS MACHT EIGENTLICH** ... der Bundeskontrollausschuss?
- 21** **BEREITSCHAFTSPOLIZEI** Ausgelaugt!
- 22** **TERRORISMUS** Foreign Fighters – Eine globale Bedrohung der Sicherheit, insbesondere Europas und damit auch Deutschlands
- 35** **SOZIALES** Falsche Zukunftsprognosen
- 37** **VERKEHRSGERICHTSTAG** Im Fokus der Experten: Blut, Videos und der „Idiotentest“
- 40** **IMPRESSUM**



Philipp: „Polizisten können von warmen Politikerworten nicht leben“

Die Beschäftigten der Polizei erwarten von den Mitte März beginnenden Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen eine deutliche Steigerung der Realeinkommen um sechs Prozent. Die Laufzeit des Tarifvertrages soll zwölf Monate betragen. Die Auszubildendenentgelte sollen um 100 Euro angehoben, die sachgrundlosen Befristungen tariflich ausgeschlossen und das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger übertragen werden.

„Die Polizei hat die Herausforderungen an die innere Sicherheit durch Terrorismus, Fußballeinsätze, politische Demonstrationen und den Zustrom von Flüchtlingen mit beispielloser Einsatzbereitschaft angenommen. Wir erwarten, dass diese Leistung auch honoriert wird. Die auf uns zukommenden Aufgaben zur Bewältigung der Migrationsströme verlangen allen viel ab. Ohne die Tarifbeschäftigten schaffen wir das nicht“, sagte die stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Kerstin Philipp auf einer Pressekonferenz mit ver.di, GEW, IG BAU und dbb tarifunion in Berlin.

Die ver.di-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst hatte in ihrer Sitzung im November unter Beteiligung der GdP die Kündigung der Entgelttabelle des TVöD-Bund/VKA zum 29. Februar 2016 beschlossen. Vor zwei Wochen beriet die Bundestarifkommission (BTK) der GdP über ihre Forderungen für die anstehende Tarifrunde mit Bund und VKA.

Schwerpunkt ist lineare Erhöhung

Leicht hatte es sich die BTK auch dieses Mal nicht gemacht. Abgesehen von den feststehenden Parametern,

zum Beispiel Bruttoinlandsprodukt und Inflationsrate, waren weitere Verhandlungsgegenstände in die Überlegungen mit einzubeziehen. In der Tarifrunde soll auch über die im Bereich der VKA noch ausstehende Inkraftsetzung einer neuen Entgeltordnung entschieden werden. Zudem fordert der Bund die Übertragung der Einigung mit den Ländern über eine höhere Eigenbeteiligung der Beschäftigten an der betrieblichen Altersversorgung bei der VBL. Die VKA fordert dagegen eine pauschale Absenkung der Leistungen der betrieblichen Altersversorgung bei den kommunalen Zusatzversorgungskassen. Die Gewerkschaftsseite lehnt Leistungskürzungen strikt ab und sieht sich bei der höheren Eigenbeteiligung in Verhandlungsbereitschaft.

Für die weitere Forderungsfindung ist zunächst die bisherige Entgeltentwicklung zu betrachten. Im Bereich des TVöD wurden die Entgelte ab 1. März 2014 um 3,0 Prozent, mindestens aber 90 Euro, und ab 1. März 2015 um weitere 2,4 Prozent erhöht. Im Bereich der Länder wurde ab 1. März 2015 um 2,1 Prozent und ab 1. März 2016 um weitere 2,3 Prozent, mindestens aber

75 Euro, erhöht. Ab 1. März 2016 liegen daher die Entgelte des TVöD durchschnittlich um 0,84 Prozent unter denen des TV-L. Zudem muss der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 Prozent sowie eine Inflationsrate von mehr als 1 Prozent berücksichtigt werden. Auch die Steuereinnahmen spielen eine wesentliche Rolle. Beim Bund sollen die Steuereinnahmen um 2,4 Prozent und bei den Kommunen um 1,1 Prozent steigen, diese sollen 2017 insgesamt um 4,6 Prozent steigen.

Aufgrund der Landtagswahlen verschieben sich die Verhandlungstermine in den späten März und April. Die Auftaktrunde ist am 21. März, die erste Verhandlungsrunde am 11./12. April und die zweite am 28./29. April.

Philipp, im Geschäftsführenden Bundesvorstand für den Tarifbereich zuständig: „Die Tarifkommissionen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben bei der Aufstellung der Forderung die Frage einer sozialen Komponente intensiv diskutiert. Letztendlich haben die Argumente zugunsten der linearen Erhöhung den Ausschlag gegeben. Damit soll eine deutliche Erhöhung der Realeinkommen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erzielt, der Nachholbedarf verringert und dem Fachkräftemangel begegnet werden.“

M. Omari/A. Körner



(v.l.) GdP-Tarifvorstand Kerstin Philipp mit ver.di-Vorstand Wolfgang Pieper und dem ver.di-Bundesvorsitzenden Frank Bsirske. Foto: Holec



Zu: Kriminalität, DP 2/16

Sehr aufmerksam habe ich nicht nur diesen Artikel gelesen und für mich verarbeitet. Als schon etwas älterer Kollege habe ich Lichtenhagen 1992 erleben müssen und als Rentner 2015 die ausländerfeindlichen Krawalle in Heidenau.

Ich musste nicht vor den ehemaligen Baumarkt (Hinweis der Red.: wird als Flüchtlingsunterkunft genutzt) gehen, um zu sehen, was dort abgeht. Das hatte ich, wie schon gesagt, 1992 in Lichtenhagen erlebt. Das aber die Politik, die Polizei ist die ausführende Hand der Politik, so einfalllos dieser Demo begegnet ist, machte mich sprichwörtlich sprachlos.

Trotz einer Baustelle vor dem Baumarkt wurden laut Presse nur 170 Polizeikräfte aufgeboten. Der Baumarkt ist aber aus allen Himmelsrichtungen erreichbar, obwohl er nicht im freien Raum steht. Fatal, wie sich herausstellen sollte.

Die Pegida-Bewegung im Sächsischen ist aus meiner Sicht eine Konsequenz aus dem „gemeinsamen“ Tun aller Politiker, nicht nur in Sachsen, die als gewählte Vertreter der Bevölkerung in den jeweiligen Gremien sitzen. Egal, ob Führungsriege oder Opposition, jeder hat sich auf die Fahne geschrieben, „zum Wohle des Volkes zu arbeiten“. Das wird auch deutlich, wenn man den Bundestag oder auch andere Gremien bei Ihren Sitzungen verfolgt.

Sehr gut hat in dem DP-Artikel Dr. Dorothee Dienstbühl die Situation herausgearbeitet, die uns nicht erst seit der Silvesterparty 2015 in Köln erreicht hat. Die dort aufgetretene Eskalation war sicher so nicht erwartet worden, zeigt aber, dass man die sich entwickelnde Gesamtlage zu lange beiseite gedrückt hat. Erkannt, aber nicht erwartet haben müssten es eigentlich nicht nur diejenigen, die politische Verantwortung tragen. Die Reaktion war leider gleich Null, so wie der Sparkurs seit vielen Jahren.

Gleichwohl denke ich, dass es Zeit wird, dass alle, die politische Verantwortung tragen, für sich in Anspruch nehmen, dass sie für die gegenwärtige politische Situation verantwortlich sind.

Deshalb ist für mich der Artikel von

Frau Dienstbühl in seinem Umfang und Bedeutung so herausragend, als das ich meine, es wäre schade, wenn er aus der Ebene der Zeitschrift DP heraus nicht auch den anderen, ja eigentlich allen Politikern, ob nun an der Regierungs- oder Kommunalpolitik beteiligten Personen, direkt zugänglich gemacht werden müsste.

Diese gegenwärtige Politikerriege aller Parteien, nicht nur der Innen- und Justizminister, sondern alle im Parlament, haben gezeigt, das des Volkes Wohl nicht immer Ihr erster Anspruch ist. Das wird im Abschnitt „Politisches Krisenmanagement fehlerhaft“ klar und deutlich ausgeführt.

In diesem Sinne erhoffe ich mir mehr Zusammenarbeit aller Parlamentarier, wenn es um des Volkes Wohl geht, nicht nur um das eigene.

Peter Schütz, Heidenau

Zu: „Wir brauchen Verstärkung!“, DP 1/16

Nach den Vorfällen an Silvester in Köln hört man in der Öffentlichkeit wie bei ähnlichen Ereignissen die altbekannten Forderungen nach mehr Personal und schärferen Gesetzen für die Polizei. Was letztere anbelangt ist allerdings weniger die unzulängliche Gesetzeslage, als vielmehr die politisch gewollte Nicht-Anwendung gesetzlicher Möglichkeiten wie der einer konsequenten Abschiebung das Problem. Die erste Forderung ist zwar grundsätzlich richtig, ob sie jedoch die Kölner Geschehnisse verhindert hätte, darf zumindest bezweifelt werden.

In dem Artikel wird zu Recht klargestellt, dass wir den Personalmangel nicht wegen der Flüchtlinge haben, sondern die dadurch zunehmenden Belastungen den Personalmangel für die Bürgerinnen und Bürger offensichtlich machen. GdP-Vize Jörg Radek sagt dazu: „Wir leiden seit Jahren unter einem chronischen Personalmangel bei der Polizei und dieser Mangel ist hausgemacht.“ Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen, aber es ist nur ein Teil der Wahrheit. Nicht der Personalmangel allein, sondern die gesamte Personalsituation ist defizitär. Hierzu einige nicht abschließende Bei-

spiele aus meiner langjährigen Dienstfahung als Organisationsleiter in einer Kreispolizeibehörde:

+ Die Anzahl der Polizeivollzugsbeamten (PVB) ist seit Jahren rückläufig.

+ Der dadurch verursachte „Nachwuchsmangel“ führt unter anderem zu einer „Überalterung“ des Personals. Es ist aber kein Geheimnis, dass ältere Menschen im Durchschnitt nicht mehr so leistungsfähig sind wie jüngere. Dies gilt auch für Polizeibeamte.

+ Auch sind in der Folge steigende Krankenquoten keine wirkliche Überraschung. Hinzu kommt in den letzten Jahren die ständig steigende Zahl von sogenannten Dauerkranken. Sie bleiben in den Stellenplänen vollkommen

Fortsetzung auf Seite 39

Korrektur

An dieser Stelle möchte die Redaktion auf einen Fehler im Artikel „Selbsthilfegruppe Schusswaffenerlebnis“ auf Seite 11 der Februar-Ausgabe hinweisen. Rückfragen und Anmeldungen zu diesem Seminar bitte an den Ansprechpartner Reinhold Bock unter der E-Mail-Adresse reinholdbock@t-online.de

Hinzugefügt hat Reinhold Bock jetzt auch die Titel der im Februararbeit genannten Seminare: „Was gibt mir Kraft?“, 2. bis 4.3.16, Berlin, (Einzelseminar); „2016 – wir brechen auf!“, 17. bis 19.6.16, Schmerlenbach, (Partnerseminar); „Will ich das immer wieder erleben?“, 5. bis 7.10.16, Rothenburg ob der Tauber, (Einzelseminar). **red**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbrief zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



Foreign Fighters – Die Fünfte Kolonne des Islamischen Staates

Von Berndt Georg Thamm

Ihrer geographischen Utopie gaben die Dschihadterroristen den Namen ad-Daula al-islamija – Islamischer Staat (IS). In der nahöstlichen Kriegswirklichkeit der vergangenen Jahre deklarierten sie eroberte Gebiete im Irak und Syrien im Fastenmonat Ramadan des Jahres 1435 islamischer Zeitrechnung (29. Juni 2014) zu einem neuen Kalifat. Wenig später wandte sich ihr Warlord Abu Bakr al-Baghdadi als Kalif Ibrahim in einer mehrsprachigen (Arabisch, Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch) Audiobotschaft an die Weltgemeinschaft der Muslime (umma) mit den Worten: „Muslime, eilt in euren Staat ... Das ist mein Rat für euch. Wenn ihr ihm folgt, werdet ihr Rom erobern und Herren der Welt werden durch den Willen Allahs“. Und sie kamen – zu zig Tausenden aus aller Herren Länder.

Diese Foreign Fighters werden als „Fünfte Kolonne des Islamischen Staates“ noch über lange Zeiten eine globale sicherheitspolitische Herausforderung für die Staatengemeinschaft sein. Zurückgekehrt in über die Hälfte der Länder dieser Welt werden sie wohl dann noch eine dschihadterroristische Gefahr darstellen, wenn das neue Kalifat besiegt und untergegangen sein wird.

Anfang des Jahres warnte der BND (Bundesnachrichtendienst) vor der „großen Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus“. Die Lage sei, so die Analyse, „für die westliche Staatengemeinschaft heute ungleich gefährlicher“ als 2001, dem Jahr des 9/11. Die „Zone der Instabilität“ sei vom Hindukusch in die unmittelbare Nachbarschaft Europas vorgerückt. Gut vier Wochen später wies am 9. Februar das International Institute for Strategic Studies (IISS) in London bei der Vorstellung des neuen Jahrbuchs „Military Balance“ daraufhin, dass zu den Faktoren für die weltweit schwierige Sicherheitslage auch die wachsende Zahl islamistischer Terroranschläge wie am 13. November im Paris zählt. Zu einem der Hauptakteure dieser Bedrohung ist der IS geworden. Deutliche Worte fand dementsprechend auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz selbst Russlands Premierminister. Der gemeinsame Feind sei der Islamische Staat, der ... rücksichtslos nach dem Motto „entweder wir oder sie“ töte. Wenn es erst ein über mehrere Länder reichendes Terrorkalifat des IS gebe, so Dmitri Medwedew, „gäbe es nicht mehr viel zu diskutieren“.

IS-Gewaltbereitschaft und Nachrichtengewinnung

Ungebrochen sind die Gewaltbereitschaft und -anwendung des IS. Das externe Spektrum reicht von globalen Selbstmordeinsätzen wie das Sprengstoff- und Waffenattentat am 14. Januar 2016 in Indonesiens Hauptstadt Jakarta bis zu regionalen C-Waffeneinsätzen. Den geächteten Kampfstoff Senfgas soll der IS erstmals im August gegen Kurden im Nordirak und danach gegen Kurden in Nordsyrien nahe der türkischen Grenze eingesetzt haben. Die C-Waffe stammte vermutlich aus eroberten Beständen des Assad-Regimes. Keine fünf Monate später hieß es, dass dem IS libysche C-Waffen, die das Gaddafi-Regime



einst produziert hatte, in die Hände fallen könnten.

Was das interne Spektrum betrifft, so ist dort die Grausamkeit (Enthauptungen, Kreuzigungen, Verbrennungen, Leichenverstümmelungen) zum überlegten Kalkül und Bestandteil der Internetpropaganda geworden. Drakonische Strafen drohen IS-Deserteuren, die nach Inhaftierung und Folter öffentlich hingerichtet werden. Trotz dieser für alle erkennbaren professionellen Gewaltbereitschaft hat es bis dato keinen Einbruch im Zu-

nen „etablierten Gewährsmann im IS“ benennen, der die Bonität des Freiwilligen bestätigen kann. Der Security Check dient der Klärung der Motivation, der Herkunft und der Kontakte (Bekanntschaften) des Neuankömmlings. Neben den Daten zur originären Vita wird dessen Können, seine Fähigkeiten gecheckt, zum Beispiel Erfahrungen im Kommunikationswesen und/oder in verschiedenen Medien, im Umgang mit Waffen (Militärdienst im Herkunftsland) und/oder Kampftechniken (Kampfsportschulen). Die Befragungen können von eigenen Lands-

nuar in Amsterdam vorstellte, hieß es, dass die Dschihadisten „insbesondere Europa“ im Visier hätten. Der IS hätte „neue, gefechtsartige Möglichkeiten“ entwickelt, um weltweit eine Reihe „groß angelegter Terroranschläge“ zu verüben. Dazu hätte der IS ein Kommando für Einsätze außerhalb seines Kalifats in Syrien und Irak gebildet, das „für Angriffe nach Vorbild von Spezialeinsatzkräften in einem internationalen Umfeld trainiert“.

Europa stellt mit 6.000 Freiwilligen, so EU-Schätzungen im No-



IS-Kämpfer posieren für einen Fotografen.

Foto: Dabiq/dpa

strom der Kriegsfreiwilligen aus aller Herren Länder gegeben. Von den 196 Staaten (Neuer Fischer Weltalmanach 2016) dieser Welt, sind bis heute rund 30.000 aus 115 Ländern gekommen, um als ausländische Kämpfer, Foreign Fighters, am Dschihad teilzunehmen. Mit ihnen geht im Jahre zwei seiner Existenz das „Kalifat“ vorsichtig um, handelt pragmatisch. So werden neu ankommende Freiwillige zumeist einer „Sicherheitsüberprüfung“ unterzogen, könnten sich unter ihnen doch Spione und andere „feindliche Agenten“ befinden, die es zu enttarnen gilt.

Vor diesem Hintergrund müssen nicht wenige der Foreign Fighters ei-

leuten im IS in der jeweiligen Muttersprache, beispielsweise in Deutsch, Englisch, Französisch oder Russisch, durchgeführt werden – ohne Übersetzungsfehler. Nicht bekannt, aber nicht unwahrscheinlich ist die Dokumentation des abgeprüften Wissens und der Fähigkeiten – eine Art „Foreign Fighters Datenbank“. Diese Kämpfer bringen darüber hinaus abrufbares Wissen über ihre Heimatländer mit, mit dem Schwachstellenanalysen erstellt werden können, die der Vorbereitung für zielgenaue Terroraktionen dienen, beispielsweise in Westeuropa.

In einem Bericht EUROPOLS, den Direktor Rob Waynewright Ende Ja-

vember, nach der arabischen Welt und der russisch-zentralasiatischen Welt das mittlerweile drittgrößte Kontingent der Foreign Fighters. Allein aus Frankreich kamen 1.400 oder mehr Kämpfer – und in Frankreich gab es letztes Jahr die härtesten Terrorattacken in Europa. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund vertrat Peter Neumann (Kings College London), der profilierte Terrorexperte leitet das International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR), schon im August 2015 die These, „dass die Anschläge in Paris und Kopenhagen ... keine Einzelfälle waren, sondern erste, sehr dramatische Hinweise darauf, was sich in den nächsten Jahren und

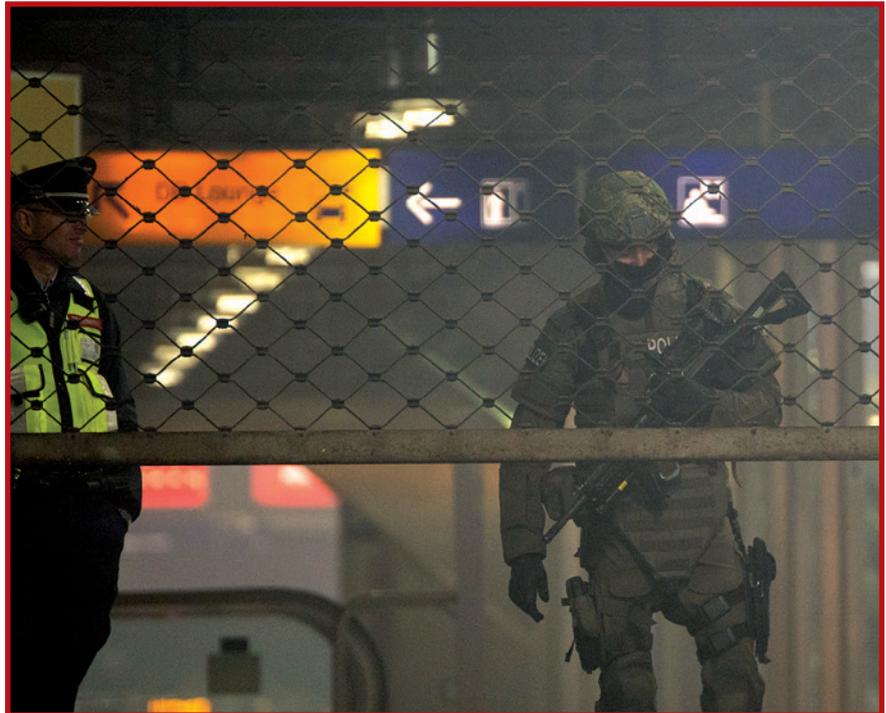


TERRORISMUS

Jahrzehnten auf den Straßen Europas abspielen wird. Europa ... steht am Beginn einer neuen Welle von Terrorismus, die uns noch eine Generation lang beschäftigen wird“.

How to survive in the West – IS-Kampfschrift für den Bürgerkrieg

Seinen voluminösen „Appell zum weltweiten islamischen Widerstand“ hatte der Syrer Abu Mussab al-Suri schon vor einem Dutzend Jahren zu Papier gebracht. In der Folge gab und gibt dieser ungezählten Einzeltätern („lonely wolves“), daheimgebliebenen ISIS/IS-Sympathisanten und Syrien-Heimkehrern „dschihadistische Orientierung“. Auch den Attentätern von Paris, so Frankreichs renommierter Islamwissenschaftler Gilles Kepel Ende des Jahres, die dem Aufruf dieses Vordenkers folgten, „der zu einem ‚globalen Dschihad‘ aufgerufen hat und der eine Spaltung der Gesellschaft, einen regelrechten Bürgerkrieg zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen herbeiführen möchte“.



Silvester 2015: Terrorwarnung am Münchner Hauptbahnhof.

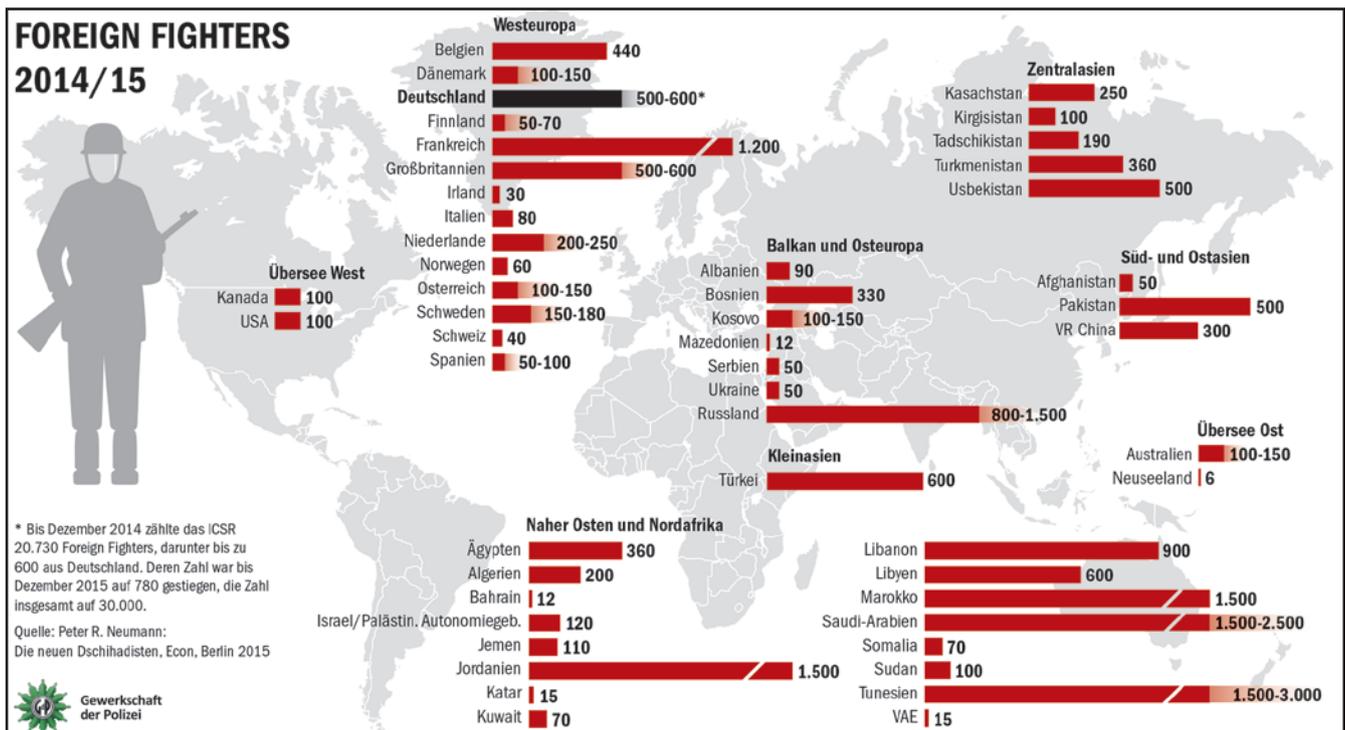
Foto: CITYPRESS24/dpa

Gegenreaktionen provozieren – Dschihad vorbereiten

Das Konzept der militanten Islamisten, durch dschihadterroristische

Aktionen „gewaltsame Gegenreaktionen der Mehrheitsgesellschaft zu provozieren“, zum Beispiel Brandanschläge auf Moscheen, zeigte im vergangenen Jahr schon nach den Pariser Anschlägen „Erfolge“. Über „Europas Angst vor zurückgekehrten

Kämpfern“, „Nadelstichoperationen“, die Instrumentalisierung von Protestaktionen gesellschaftlicher Gruppen für eigene Zwecke und andere „Unterweisungen“, schrieb ein anonymes Dschihadexperte einen „Mujahid Guide (2015)“.



Auf die Existenz dieses in Englisch verfassten „Handbuchs für Glaubenskämpfer“, in dem sich auch aktuelle Ereignisse wie „Charlie Hebdo attack“ wiederfinden, wurde die Öffentlichkeit in Deutschland erst vor einem guten Vierteljahr (im ZDF Politmagazin „Frontal 21“ am 24. November) aufmerksam. Sein Titel „How to survive in the West“ (Wie im Westen überlebt wird) ist Programm, wendet es sich doch an Muslime, die in Ländern leben, in denen die Nichtmuslime die Mehrheit stellen. Der Muslim lebt wie ein „Geheimagent“, so der Autor in seinem Vorwort, da er in den nichtmuslimischen Ländern sowohl ein öffentliches Leben als auch ein „geheimes“ Leben zu führen hat, eben ein Doppelleben und dies über Jahre. Durch das Studium dieses Werkes soll gelernt werden, wie man zur „Schläferzelle“ wird, die zur richtigen Zeit aktiviert wird, wenn die Muslimgemeinschaft dies braucht, heißt es in der Einleitung. Die nachstehenden zehn Kapitel dienen der „Vorbereitung für den Dschihad“: Verschleierung der Muslimidentität in nichtmuslimischen Ländern (Kapitel 1); Aufkündigung der Loyalität, das heißt, der Sicherheitsabkommen, die mit Nichtmuslimen geschlossen wurden, quasi ein „erlaubter Bruch“ der Friedenspflicht (Kapitel 2); Erwerb von Finanzmitteln, zum Beispiel durch IT/Computerkriminalität (Kapitel 3); Abschirmung der Internet-Privatsphäre (Kapitel 4);



Spuren des Terroranschlags von Paris im November 2015.

Foto: Franck Panikian/Maxppp/dpa

Körpererächtigung unter Nutzung westlich-urbaner Gewohnheiten, zum Beispiel Lauftraining im Park und/oder Training in Kampfsportschulen (Kapitel 5); Umgang mit „einfachen“ Waffen (zu denen auch das Sturmgewehr AK-47 gezählt wird) und Überlebens-techniken (Kapitel 6); Umgang mit modernen Waffen (Kapitel 7); Bombenherstellung, vom „Molotov-Cocktail“ über die Mikrowelle bis zur Autobombe (Kapitel 8); Waffentransporte (Kapitel 9). Das Kapitel 10 beantwortet die Frage „Was geschieht, wenn Du ausgespäht und festgenommen wirst“.

„Wir erobern Rom“ – Dschihadziele

Mit dem Abschluss dieser Dschihad-Vorbereitung soll aus dem „Schüler“ ein „special services secret agent“ geworden sein, dessen Aufgabe es nun ist, den Dschihad zu unterstützen. Dem „Beginn des Dschihad“ sind dementsprechend die Kapitel 11 (Guerilla-Kriegführung) und 12 (Flucht zur eigenen Sicherheit) gewidmet. Der rund 70 Seiten starke „Dschihadisten-Führer“ gibt noch letzte Ratschläge und schließt mit einem Quellenverzeichnis (zum Nachlesen) ab. Ganz zum Ende wird das eigentliche Ziel bildhaft dargestellt: Das globale isla-

mische Kalifat wird Europa von allen Seiten umzingeln und einnehmen – im Westen Spanien, im Zentrum Italien und im Osten die Türkei. Auf der Iberischen Halbinsel gehörte einst al-Andaluz über ein halbes Jahrtausend zur spanischen dar al-Islam. „Wir erinnern an die spanischen Kreuzzüge gegen die Muslime, die Vertreibung aus al-Andaluz und die Prozesse der Inquisition. Das ist noch nicht lange her“, hieß es schon in der Drohbotschaft der Madrid-Attentäter im März 2004. Madrid soll 2020 fallen, drohten die IS-Dschihadisten zehn Jahre später. Sie drohen auch den „Kreuzzüglern“ in Italien mit Kampfparolen wie „Wir erobern Rom“ und „Franziskus ist der letzte Papst“. Dieser hatte erst vor einem Vierteljahr das „Heilige Jahr der Barmherzigkeit“ ausgerufen, das am 8. Dezember begann und Rom zum Ziel von Millionen Pilgern werden lässt. Vor einem Anschlag in Italiens Hauptstadt – nach den Attentaten von Paris – warnen US-Geheimdienste.

Die dritte Stoßrichtung des IS gilt der Türkei, wo die Terrorattacke am 12. Januar Istanbul, das alte Konstantinopel, „mitten ins Herz traf“. In einem halben Jahrzehnt, so die IS-Propagandisten, „wird in Europa nur ein Gesetz herrschen. Die Scharia.“

**Lesen Sie als Fortsetzung den
IS-Terror-Hintergrund ab Seite 22.**



in den Medien

IS-Razzia:
Oliver Malchow beim
Nachrichtensender N24:

**Der Einsatz mehrerer hundert
Polizisten bei den Durchsu-
chungen von Wohnungen und
Betrieben in drei Bundeslän-
dern sei ein klares Signal an
terroristische Gruppierungen.
Die Polizei sei ganz nah an
der Szene dran.**

N24





Gegen Billiglösungen – Flüchtlingssituation mit durchdachter Politik bewältigen

Flüchtlingspolitik

Deutschland ist als eines der reichsten Länder der Welt aus humanitären und ethischen Gründen in der Verantwortung zu helfen. Die hohe Zahl von Flüchtlingen stellt Gemeinden und Verwaltungen ebenso vor große Herausforderungen wie die Politik und die Polizei.

Deutschland als Einwanderungsland benötigt dringend einschlägig gesetzliche Regelungen für die Zuwanderung. Die GdP fordert die Bundesregierung auf, den Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf ihre Fragen nach einer nachvollziehbaren, erklärbaren, wirklichen Flüchtlingspolitik zu geben. Der Flüchtlingsstrom wird nicht in Kürze enden:

Wie gestaltet sich die Flüchtlingspolitik in den nächsten Jahren? In erster Linie geht es um die geflüchteten Menschen, menschenwürdige Unterkünfte und gesundheitliche Versorgung. Es müssen mehr Gebäude zur Verfügung gestellt werden, und es besteht höherer Investitionsbedarf seitens der Länder und des Bundes, da diese Aufgabe die Kommunen nicht allein bewältigen können. Es darf nicht sein, dass die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt wird, zum Beispiel durch Schließen von Sporthallen oder Schwimmbädern. Dies führt zu Spannungen und sorgt für eine Stimmung gegen die Hilfesuchenden. Geplante Streichungen in den Budgets der Bundesministerien verschärfen die Stimmung. Landes- und Bundesmittel zur Flüchtlingshilfe müssen erhöht werden.

Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der es um die Frage von Zuwanderung und guter, schnellerer Integration, aber auch um Verhinderung illegaler Beschäftigung geht. Die Polizei ist damit konfrontiert, dass Migrantinnen und Migranten Opfer krimineller Banden sind, die das Leid und die Hilflosigkeit ausnutzen, zum Beispiel Frauen zur Prostitution zwingen oder Schwarzarbeit in großem Stil betreiben.

Die Situation in Kriegs- und Krisengebieten wird immer dramatischer. Weltweit sind circa 60 Millionen Menschen auf der Flucht, darunter viele Kinder, die Hilfe, Freiheit, Frieden und menschenwürdige Lebensumstände suchen. Über die Medien und das Internet bekommen sie mit, dass sie dies voraussichtlich in Europa finden. Unter oft lebensgefährlichen Umständen bringen Menschenhändler für viel Geld diese Schutzsuchenden nach Europa, viele sterben auf dem Weg. Es ist der Zeitpunkt gekommen, einerseits eine an den grundlegenden Menschenrechten orientierte Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik zu schaffen, andererseits die darin involvierten Behörden und Institutionen in die Lage zu versetzen, diesem Zustrom gerecht zu werden, damit die Aufgabe kompetent und soweit wie möglich unbürokratisch bewältigt werden kann. Das stellt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in einem im Herbst verabschiedeten Positionspapier fest, das sie mit der Politik sowie innerhalb der Polizei diskutieren will.

Entlastung der Polizei und Verwaltungsbehörden

Die Durchführung des Asylverfahrens muss dringend beschleunigt werden. Dafür muss das Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhöht und direkt vor Ort eingesetzt werden. Dies würde zu einer Entlastung der Polizei bei Bund und Ländern führen. Die Polizei ist schon mit den derzeitigen Aufgaben stark belastet. Mit dieser neuen, zusätzlichen und wichtigen Aufgabe benötigt sie dringend ausreichend Personal, um ihre Aufgaben

im Bereich der Migration bewältigen zu können, insbesondere im Bereich der Kommunen mit Aufnahmestellen. Einmal mehr beweist sich, wie fatal sich die Sparpolitik der letzten zehn Jahre bei Bund und Ländern auswirkt. Dasselbe gilt für das Verwaltungspersonal beispielsweise in den Landesaufnahmestellen, den Gesundheits- und Jugendämtern.

Keine Behörde oder Institution darf bei der Bewältigung dieser Herausforderung allein gelassen werden. Das gilt auch für die Polizei. Insbesondere darf es nicht dazu führen, dass andere originäre Aufgaben dadurch zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger vernachlässigt werden müssen. Unter steigendem Migrationsdruck wurden die Schwächen der Behörden und die Fehler der Vergangenheit deutlich. Die beteiligten Behörden arbeiten teilweise aneinander vorbei – mit gravierenden Folgen für die innere Sicherheit.

Insofern erteilt die GdP auch Billiglösungen eine eindeutige Absage: kein Einsatz von Wachpolizei, keine unzureichend qualifizierte private Sicherheit oder schlecht eingruppiertes Tarifpersonal.

Der Austausch von Daten zwischen den Aufnahmestellen und der Polizei muss dringend den aktuellen Erfordernissen entsprechen, auch um Personen feste Identitäten zuordnen zu können. Ebenso ist es wichtig, moderne und ausreichende Technik zur Verfügung zu stellen.

Die in den Aufnahmestellen eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten benötigen psychosoziale Betreuung, Gesundheitsvorsorge und ständige ärztliche Begleitung sowie eine Dokumentation des Einsatzes.

Die Einrichtung einer Dolmetscherzentrale in Art eines Callcenters (ähnlich wie in den Niederlanden) ist notwendig. Sie würde viele Sprachprobleme sehr schnell beseitigen können.

Ein ständiger Austausch zwischen Ortsansässiger Bevölkerung, der Verwaltung und der Polizei muss Standard sein. „Bürgerstunden“ zu der





Thematik haben bereits positive Wirkungen gezeigt.

Forderungen an den Gesetzgeber

Gespräche mit der Justiz müssen umgehend geführt werden, unter



Strittiges Thema in der Flüchtlingsdebatte: Zur Unterstützung der Polizei sollen Wachpolizisten wie hier in Sachsen ausgebildet und eingesetzt werden.

Foto: Sebastian Kahnert/dpa

anderem um eine Einheitlichkeit bei der Deliktaufnahme der Privilegierungstatbestände im Ausländer- und Asylverfahrensrecht zu gewährleisten. Ausgenommen dürfen aber auch nicht die Folgen bei Straftaten durch Asylsuchende.

Ein Beispiel, wo Veränderungen notwendig, richtig und hilfreich wären, sind die unterschiedlichen Verfahrensabläufe bei unerlaubter Einreise/Aufenthalt nach den Paragraphen 14, 95 Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Hier ist – auch zum Bürokratieabbau – erforderlich, die in den Bundesländern unterschiedlichen Verfahrensabläufe bundesweit zu vereinheitlichen. Die GdP stellt auch die Sinnhaftigkeit des Straftatbestands „unerlaubte Einreise“ und des „unerlaubten Aufenthaltes“ (Paragraf 95 AufenthG) in Frage. Im Schengen- und Nachbarstaat Österreich stellt beides lediglich eine „Ver-

waltungsübertretung“ (Ordnungswidrigkeit; vgl. Paragraf 120 Fremdenpolizeigesetz (FPG) Österreich) dar. Die in Deutschland wegen „unerlaubter Einreise“ eingeleiteten Strafverfahren hingegen werden nahezu zu 100 Prozent von den Staatsanwaltschaften (mit Zustimmung der Gerichte) wegen geringer Schuld der Täter und fehlendem öffentlichem Interesse an der Verfolgung (Paragraf 153 StPO) eingestellt.

Es stellt sich die Frage, ob der mit der bisherigen Strafbarkeit verbundene Ermittlungs- und Verwaltungsaufwand der Polizei der Länder und des Bundes sowie der Staatsanwaltschaften bei einer Straftat, die so gut wie nie geahndet wird, aber hunderttausendfach als Massendelikt auftritt, überhaupt noch vertretbar und vor allem notwendig ist. Aus Sicht der GdP genügt es ordnungs- und rechtspolitisch, die unerlaubte Einreise und den unerlaubten Aufenthalt als Massendelikt auch in Deutschland zu einer Ordnungswidrigkeit umzuwidmen.

Besonders auffällige, gewaltbereite Intensivtäter im Bereich der „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“ stellen die Behörden vor besondere Herausforderungen. Polizeibeamtinnen und -beamte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialbehörden, Bürgerinnen und Bürger, aber auch andere Flüchtlinge in Bezug auf diese spezielle Gruppe, sehen sich zum Teil

mit extremer Gewalt konfrontiert. Separate Unterbringungen, eine schnelle und konsequente Strafverfolgung, eine zügige Identitätsüberprüfung, Altersfeststellung sowie Aufenthalts- und Durchquerungsverbote könnten ein Konzept zum Umgang mit diesen besonders auffälligen Jugendlichen sein.

Die Absicht, die Bearbeitung von Asylanträgen bei der Einreise über den Landweg grundsätzlich durch Grenzbeamtinnen und -beamte erledigen zu lassen, hält die GdP für falsch. Die Polizei hat bereits die Aufgabe der Kontrolle der Einreise, der Erstregistrierung und später der Rückführung. Aus diesem Grund sollte das geplante Schnell-Anhörungsverfahren an der deutschen Grenze durch entsprechend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration rechtsstaatlich umgesetzt werden. Um den Druck von der deutschen Grenze zu nehmen ist die Registrierung bereits in den Herkunftsländern wichtig. Hierbei handelt es sich um eine zentrale Maßnahme, die dazu beitragen kann, das „Geschäftsmodell“ der Menschenhändler zu konterkarieren.

Auch das Vorhaben, pensionierte Beamtinnen und Beamte für diese Tätigkeiten zurückzuholen, ist ein weiterer Beweis für die falsche Personalpolitik der vergangenen beiden Jahrzehnte. Die nun in Teilen beabsichtigten Mehreinstellungen sind richtig, können ihre volle Wirkung aber erst in einigen Jahren entfalten. Das Studium, die Ausbildung sowie die Fortbildung der Polizei in den Ländern und bei der Bundespolizei müssen den geänderten Bedingungen angepasst werden. Die Interessenvertretungen der Polizeien der Länder und des Bundes sind bei den Maßnahmen entsprechend zu beteiligen.

Die GdP appelliert an die Politik, die beschriebenen Positionen und Anforderungen zu berücksichtigen und schnellstmöglich umzusetzen. Es geht um eine gute Willkommenskultur, schnelle Integration, aber auch um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der in diesem Bereich eingesetzten Verwaltungs- und Polizeikräfte.

red



in den Medien

Zur Belastung der Bundespolizei:
Oliver Malchow im Nachrichtensender n-tv:

„Allein in den beiden Bearbeitungsstraßen für ankommende Flüchtlinge in Passau und Rosenheim produzieren wir jede Woche 86.000 Überstunden.“

n-tv



Ein DANKE für die Polizistinnen und Polizisten

Bürger schreiben an die GdP-Bundesgeschäftsstelle

Franz Bienbeck, Haltern am See:

Es ist mir und meiner Familie ein dringendes Bedürfnis, mich bei Euch, den deutschen Polizeibeamtinnen und -beamten, für Euren stetigen Einsatz für die Sicherheit meiner Familie zu bedanken. Mit viel Unverständnis habe ich – kopfschüttend – die Ausführungen des Landesinnenministers von Nordrhein-Westfalen (NRW) zu den Silvesterverbrechen in Köln vernommen. Es ist unverschämt und beschämend, die ihm unterstellten Beamten vor der gesamten deutschen Öffentlichkeit bloß zu stellen. Er lenkt in verschlagener Form von seinen eigenen politischen Versäumnissen ab. Die Unterstützung Jägers durch Frau Kraft zeigt deutlich, was uns in NRW noch erwartet. Es wundert nicht, dass die Bevölkerung nach und nach das Vertrauen in den Staat verliert. Dieser Vertrauensverlust, liebe Polizistinnen und Polizisten, ist ganz bestimmt nicht von Euch zu verantworten, sondern ist politisch verursacht. Danke für die „Produktion“ von Sicherheit, auch wenn die Politik Euch die notwendige personelle Ausstattung und Technik vorenthält.

Hans Trübenbach, Germering:

Solange es solch unfähige Politiker und Medien gibt, die Euch eher in den Rücken fallen, als ihn zu schützen, werden wir uns in Deutschland auf Köln 2, 3, 4 und so weiter einstellen müssen. Wehrt euch! Die Unterstützung des allergrößten Teils der Bevölkerung habt ihr. Hilft zwar nicht, aber vielleicht muntern diese Zeilen etwas auf.

Daniel Wagner, Berlin:

Nicht die Polizei trägt die Schuld für die Vorfälle zu Silvester. Das ist mir als Nicht-Polizist völlig klar. Die Politik hat unsere Polizei klein-gespart und andere Fehlentscheidungen zu verantworten. Und diese Suppe soll die Polizei jetzt auslöffeln?! Neulich hing ich in der Warteschleife, als ich die 110 angerufen habe ... Sie müssen das ganz deutlich der Öffentlichkeit so sagen. Die Politik wird ansonsten weiter versuchen, der Polizei die Schuld für das politische Versagen zu geben. Die

Die Vorfälle in der Silvesternacht in deutschen Städten und die damit deutlich sichtbar gewordenen personellen Probleme der Polizei haben in der Bevölkerung eine breite Diskussion ausgelöst. Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) erreichte in den Januarwochen per E-Mail eine Vielzahl von Meinungsäußerungen besorgter Bürger. Darin wird den täglich im Einsatz befindlichen Polizistinnen und Polizisten Dank und Anerkennung für ihre Arbeit ausgesprochen. Zugleich kritisieren die nicht unserer Gewerkschaft angehörenden Schreiber die Öffentlichkeitsarbeit der Kölner Polizei und das jahrelange Sparverhalten von Politikern, das zu Lasten der Durchsetzung von Recht und Ordnung hierzulande geht. DEUTSCHE POLIZEI veröffentlicht nachfolgend mit dem Einverständnis der Absender Auszüge ihrer Darlegungen.

Polizei weiß doch ganz genau, wie die Dinge auf der Straße wirklich stehen. Seien Sie mutig, haben Sie Rückgrat und nennen die Dinge beim Namen. Politiker werden Sie im Zweifel nur als Bauernopfer verwenden, die Bürger nicht.

Wolfgang Ulrich, Leverkusen:

Ich wollte mal ein DANKE loswerden. Danke an die Kollegen, die in Köln für Recht und Ordnung sorgen.

Enno Jeddelloh, Edewecht:

Meine Welt steht Kopf – Wut im Bauch. Da werden Frauen, Mädchen, Bürger von arabisch aussehenden Menschen oder mit Migrationshintergrund bedrängt, belästigt, beraubt, bestohlen und die Polizei hat angeblich versagt, der Kölner Polizeipräsident wird entlassen. Menschen schildern ihre Ängste und Sorgen; Anzeigen in Köln, Hamburg, Stuttgart werden von Tag zu Tag mehr und die Bürgermeis-

terin von Köln suggeriert den Frauen eine sogenannte Mitverantwortung – sie hätten Abstand wahren können, sich wehren müssen. In welchem Land leben wir eigentlich? Wer sind die Täter, wer ist hier Opfer? Den Tätern passiert relativ wenig – wie fühlen sich wohl die Polizeibeamten, die Bürger, die Frauen? Wer sich in unserem Staat als Gast aufhält, hier Asyl sucht, eventuell staatliche Leistungen (Geld, Unterkunft, Essen, Betreuung et cetera) bezieht, hat sich an die Gesetze und Normen unserer Gesellschaft zu halten. Missstände, Vorfälle, Straftaten und die Tätergruppen müssen in aller Offenheit genannt und bestraft werden dürfen. Wer unser Asylrecht missbraucht, hat sein Gastrecht verwirkt. Ich stehe für unsere demokratischen Werte und unsere Kultur ein, aber es macht mich sehr wütend, wenn andere sie mit Füßen treten.

Helmuth Rath, Obertshausen:

Die Kölner Übergriffe zeigen, was



in den Medien

Nach Kölner-Silvester-vorfällen: Oliver Malchow im „Bericht aus Berlin“ der ARD:

Lange sei in Deutschland in der Politik nicht offen über das Thema innere Sicherheit gesprochen worden. „Die innere Sicherheit muss wieder als Kernaufgabe des Staates wahrgenommen werden.“ Durch die Vorfälle an Silvester in Köln sei das Problem sichtbar geworden.

ARD



REAKTIONEN

der Polizei am meisten fehlt, 16.000 Stellen gestrichen ... ein Ergebnis des sozialen Blutbades, das die Merkel angerichtet hat. Wenn sich die innere Hässlichkeit mit der äußeren vermählt und die Merkel das Wohl unseres Landes den „Märkten“ unterordnet und wenn unsere „barmherzige“ Politpomeranze aus Mecklenburg Millionen von Arbeitnehmern (und Polizisten) gewerbsmäßige Sterbehilfe leistet, ... dann weiß ich, wen ich 2017 zu wählen habe! Sicherlich keine unprofessionellen Politclowns von der CDU, die durch das Gelaber von der schwarzen Null unter anderem auch Polizisten zu Abhängigkeits-Sklaven degradieren.

Andreas von Criegern, Bonstetten/Schweiz:

Mit Bestürzung verfolge ich in der Tagespresse die Aufarbeitung der Ereignisse in der Silvesternacht. Mit Empörung muss ich erfahren, dass die wahren Begebenheiten und Hintergründe zu den Tätern aus politischen Gründen nicht ans Tageslicht gelangen sollen. Doch nun zeichnet sich nach und nach ein immer detaillierteres Bild der Vorkommnisse in der Öffentlichkeit ab. Ich denke, es ist jedem vernünftigen Bürger bewusst, dass die unsägliche Art und das erschreckende Ausmaß der Vorkommnisse für Sie so nicht vorhersehbar waren. Und ich bin sicher, dass Sie alles in Ihrer Macht stehende unternommen haben, um die Situation unter Kontrolle zu bringen. Daher ist es mehr als verständlich, wenn fehlender politischer Rückhalt sowie das zutiefst respektlose Verhalten der Täterschaft Ihnen gegenüber zu Frustration führt. Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen für Ihren Einsatz in der Silvesternacht höchste Anerkennung zollen und Sie bestärken, dieser neuen Herausforderung mit aller Ihnen möglichen Motivation zu begegnen. Ich bin sicher, die Bevölkerung steht hier hinter Ihnen und weiß Ihre tagtägliche Arbeit, die Sie unter teils großen persönlichen und familiären Opfern leisten, mehr als zu schätzen.

Peter Blidon, Unterhaching/München:

Dass die Polizei in Köln zum Jahreswechsel von dem in diesem Umfang aufgetretenen Ausländermob völlig überrascht wurde, werden Ih-

nen sicher die meisten Bürger abnehmen, denn auch in anderen Städten war die Polizei nicht darauf vorbereitet. Selbst eine Hundertschaft mehr, wie das nach Ihren Aussagen auch „beantragt“ wurde, wäre vermutlich überfordert gewesen, diese üblen Ausschreitungen wenigstens zu reduzieren. Von Politikern ist man bekanntlich gewohnt, dass sie die Bevölkerung häufig unvollständig oder falsch informieren, um nicht zu sagen „belügen“, weil die Wahrheit nicht ins politische Konzept passt. Was sollen die Bürger aber davon halten, wenn auch ein Polizei-Präsident diese äußerst fragwürdige Strategie praktiziert. Muss man wirklich als Polizei-Präsident Politikern so in den A..... kriechen, damit man im Amt bleiben darf? Jetzt rudert er scheinbar zurück. Vielleicht hätte er doch die Einladung zur „Phoenix-Runde“ annehmen sollen. Aus meiner Sicht hat Herr Albers mit seinem Verhalten dem Ansehen der Polizei einen schweren Schaden zugefügt und sich selber hochgradig lächerlich gemacht. Sowohl seine Untergebenen als auch die zahlreichen Opfer der Mob-Attacken müssen sich bei verschiedenen seiner Aussagen doch ziemlich verhöhnt vorkommen.

Johannes Küper, Schöppingen:

Jetzt kommen sie wieder, reflexartige Reaktionen, markige Worte und Forderungen der Politiker nach schärferen Gesetzen. Wie immer ist ja bald Gras darüber gewachsen, ein oder zwei Entlassungen, und dann: Wie immer! Diese Reaktionen sind ganz überwiegend doch nur der Angst um Verlust von Wählerstimmen geschuldet. Ich glaube nicht, dass es Teilen der Politik um wirkliche Veränderungen in Bezug auf Rechtssicherheit und Gefahrenabwehr geht. Falls doch, geht das Geschacher in den Flügeln der eigenen Partei und zudem mit dem Koalitionspartner los. Was kommt heraus: Wie so oft, untauglicher Murks. Die Rufe nach schärferen Gesetzen allein sind ein völlig untaugliches Mittel. Denn für die Verfolgung und Ahndung von Straftaten, jawohl, auch geringen Straftaten, ist allein die Richterschaft und die Staatsanwaltschaft hierzu verantwortlich. Jedoch: Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Praxis von Verfahrenseinstellungen, richterlichen Ermahnungen und Verwarnungen, oder gar die mehr-

COP® SPECIALS

März / April 2016
**Gültig vom 20.02. bis 30.04.2016

MIT SHOPS IN BERLIN
FRANKFURT · LEIPZIG
MÜNCHEN · WIEN



ORIGINAL
S.W.A.T.

1 Dienst-Halbschuh Original
S.W.A.T.® 1310 Chase Low
Art.-Nr. 811310-Größe EU
Farbe: schwarz; Größen: EU 38-48 (US 6-14)
Obermaterial:
Full Grain Leder/
1200 Denier Nylon
Schafthöhe in
Gr. 43: 10 cm

Aktionspreis**
€ 59,90
statt 89,99*

Größe US	6	7	7,5	8	9	10	11	11,5	12	13	14
Größe EU	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

2 Handschuh
COP® SGX TS

Art.-Nr. 3205GX2TS-Größe
Farbe: schwarz; Größen: XS - 3XL
Material: 50% Synthetikleder,
50% Kunstfaser. Mit Schnittschuttfutter aus
ARMOR-TEX®. Handinnenseite aus weichem,
wildlederartigem Clarino®-Synthetikleder.



EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 3
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
3 5 4 3 Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

Aktionspreis**
€ 39,90
statt 59,99*

3 Under Armour® Tactical
Valsetz RTS Stiefel



Art.-Nr. UA1250234B-Größe (beige)
Art.-Nr. UA1250234-Größe (schwarz)
Farben: beige und schwarz
Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 428g

Aktionspreis**
€ 119,90
statt 159,99*

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47	47,5	48,5

4 Under Armour®
Tactical Basecap "Patch"

Art.-Nr. UA1249168-BR (braun)
Art.-Nr. UA1249168-S (schwarz)
Einheitsgröße; Material: 97% Baumwolle,
3% Elasthan; Farben: schwarz und braun
Klettflächfläche: vorne: 9 x 6 cm
hinten: 10 x 2 cm.



Aktionspreis**
€ 15,90
statt 24,99*

LOOSE



5 Under Armour®
Tactical 1/4 Zip Pullover
GoldGear®
Art.-Nr. UA1262440S-Größe
Farbe: schwarz; Größe: S - 3XL
Material: 80% Baumwolle,
20% Polyester. Langärmeliger,
hochfunktioneller Fleece-Pullover
mit kurzem Reißverschluss
und Stehkragen.

Aktionspreis**
€ 69,90
statt 104,99*

6 Under Armour®
Ausrüstungstasche/
Rucksack „Range Duffel“

Art.-Nr. UA1261829S
Größe: 58 x 28 x 28 cm (H x B x T)
Volumen: 53 Liter
Material: 100% Polyester
Farbe: schwarz
Große Tasche von Under
Armour® mit wasserab-
weisender Storm®-Imprägnierung
des Außenmaterials.



Aktionspreis**
€ 69,90
statt 99,99*



7 Under Armour®
„Hustle“ LDWR Rucksack
Art.-Nr. UA1273274S
Maße: 45 x 30 x 20 cm
Volumen: 25 l

Material: 81% Polyester, 19% Nylon
Auf der Vorderseite wasserabweisende
Tasche zur sicheren Aufbewahrung von
Wertgegenständen, 2 Seitentaschen.
Griff auf der Oberseite. Weich gefütterte
Laptop-Hülle für Laptops bis zu 15 Zoll.

Aktionspreis**
€ 25,90
statt 34,99*

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. ** ehemaliger Verkäuferpreis
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Februar bis 30. April 2016

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

malige Bewährungsverlängerung nur zu immer stärkerer und aggressiverer Täterschaft geführt hat. Die Polizei ist da machtlos und – natürlich – frustriert, wenn Täter ihnen nach der polizeilichen Festnahme und justiziellen Entlassung fröhlich winkend entgegenkommen. Ein weiteres Merkmal der fehlenden Abschreckung ist unser Strafvollzug. Den Staatsanwälten und Richtern, sowie den Kriminal- und Kriminologie-Wissenschaftlern rate ich dringend, die polizeilichen Kriminalakten von Schwerverbrechern zu studieren. Dann werden Sie sehen, dass diese fast immer mit kleinen Delikten angefangen haben, und wie diese dann mehr als milde strafrechtlich sanktioniert worden sind. Von zivilrechtlicher Wiedergutmachung ganz zu schweigen.

Hans Hohenhövel, Hanau:

Der zuständige Minister Jäger will seine Haut retten und haut daher seine Leute in die Pfanne. Er sollte endlich zurücktreten und die Oberverantwortliche Hannelore Kraft gleich mitnehmen, die bei „hart aber fair“ gezeigt hat, dass sie aus dem Kölner Drama nicht viel gelernt hat. Die Nachfolgerinnen und Nachfolger stehen sicher schon in den Startlöchern und sind vielleicht noch unverbraucht! Die falschen Fuffziger in Politik, Polizeiführungen, Verwaltungen und Medien wurden schließlich doch noch von den „eigenen“ Leuten Lügen gestraft.

Ellen Murzik, Klein Meckelsen:

Wie bei so vielen Mitbürgern haben auch mich die Ereignisse der Silvesternacht mit Entsetzen erfüllt. Nun steht die Polizei im Fokus der medialen und politischen Vorwürfe. Dabei weiß jeder Bürger, dass hier Ursachen mit Wirkung verwechselt werden. Ihre Kollegen vor Ort hatten zu keinem Zeitpunkt auch nur die geringste Chance, die Situation zu kontrollieren. Diese Massenübergriffe auf deutsche Bürgerinnen und Bürger sollten die Bevölkerung terrorisieren – es war für mich ein klarer Terrorakt, nur nicht mit einer Bombe in der Tasche. Und diese Übergriffe werden sich wiederholen, da die Aktion für die Araber erfolgreich war. Die Überforderung der Polizisten ist nur zu verständlich. Ich möchte Ihnen für Ihre Arbeit danken. Sie haben nicht nur für Recht und Ordnung im Land zu sorgen, sondern müssen auch noch für die irrationalen Fehlentscheidungen unserer Politiker gerade stehen. Für

die große Einwanderung 2015 hatte unsere Regierung keine Rechtsgrundlage, das kann jeder im Grundgesetz nachlesen. Die Politik hat einen rechtsfreien Raum geschaffen, und die Polizisten dürfen der Puffer sein. Und was in rechtsfreien Räumen geschieht, hat Köln gezeigt. Das Ergebnis bislang: Die Taten werden verharmlost, die Polizei steht am Pranger, es gibt kein Wort der Entschuldigung von Frau Merkel bei den Opfern, keins!

Ich habe das Buch „Deutschland im Blaulicht“ Ihrer Kollegin Tania Kambouri mit großem Interesse und großer Anteilnahme gelesen. Es ist nicht nur ein Beleg für die Schwierigkeit Ihrer Polizeiarbeit, sondern auch ein erschütterndes Dokument, wie es um unsere Meinungsfreiheit bestellt ist. Die Medien spiegeln nicht die Meinung unserer Mitbürger über die Polizeiarbeit wider. Sie haben großes Ansehen in der Bevölkerung.

Christian Lipski, Erkelenz:

Unerträglich, wie im ARD-„Brennpunkt“ versucht wurde, den schwarzen Peter der Polizei zuzuschieben. Bezeichnend, wie der Bundesinnenminister beim Live-Interview nicht über die abgenutzten Worthülsen und Phrasen hinauskam und sichtlich ins Straucheln geriet. Die Entlassung Albers´ war unausweichlich und über-

fällig, damit haben sich die aktuellen Zustände überall in der Republik aber nicht einen Deut verbessert. Die mündigen, gesetzestreuenden Bürger und Steuerzahler, die freie Presse, und die Polizeibeamten (vor allem die der unteren Personalhierarchie), täten gut daran, die Kölner Oberbürgermeisterin, den Landesinnenminister, den Bundesinnenminister und natürlich die Kanzlerin nicht mit diesem Bauernopfer davonkommen zu lassen. Der von vielen schon lange als traurige Realität wahrgenommene, nun offensichtliche, verbale Maulkorb rund um negative Nachrichten bezüglich Migration und Flüchtlingsproblematik ist sicherlich keine Erfindung von Polizeibeamten oder Polizeipräsidenten; er kommt vielmehr von ganz oben; er ist Staatsräson.

Was jetzt im Zuge der Ereignisse von Köln ans Licht kommt, ist in manchen Teilen des Ruhrgebiets und einigen Bezirken der Bundeshauptstadt längst bekannt und bittere Realität: Die Kapitulation der Polizei und damit letztlich des Rechtsstaates. Die Kapitulation vor Flashmobs von Hundertschaften aus jungen, zornigen, gewaltbereiten und dreisten Männern mit Migrationshintergrund. Ob diese nun als Touristen, Migranten oder Flüchtlinge bei uns sind, ist unerheblich.

Angelika Kirchner, Hamburg:

Ich möchte an dieser Stelle nur einmal eine Lanze für alle Polizistinnen und Polizisten in diesem Lande brechen und allen Ihren Kolleginnen und Kollegen meinen aufrichtigen, herzlichsten Dank für Ihre verantwortungsvolle Arbeit aussprechen – leider wird in letzter Zeit immer wieder von allen Seiten (nicht nur verbal!) auf die Polizei eingedroschen. Die Beamtinnen und Beamten, die in vorderster Front bei den Einsätzen ihre Gesundheit und zuweilen sogar ihr Leben riskieren, tun das meiner Meinung nach sehr gut. Ich für meinen Teil freue mich jedenfalls immer, wenn ich auf meinen Wegen von und zur Arbeit Ihren Kolleginnen und Kollegen auf den Straßen Hamburgs begegne, was mir zumindest ein wenig Gefühl der Sicherheit vermittelt. Wenn in diesem Land etwas verbesserungswürdig ist, dann auf jeden Fall die Würdigung der hervorragenden Arbeit der gesamten Polizei und der Beamtinnen und Beamten durch die Bevölkerung, diese Würdigung möchte ich hiermit einfach ausdrücken.



in den Medien

Bodycams: Oliver Malchow in der „Süddeutschen Zeitung“:

Die GdP plädiert für eine deutschlandweite Einführung der Bodycam, um Polizisten zu schützen. Denn überall im Land steigt die Zahl der Übergriffe. „Aber mit Köln haben die Bodycams eigentlich nichts zu tun.“

**Süddeutsche
Zeitung**





in den Medien

Silvester in Köln: Arnold Plickert im Deutschlandfunk:

„Ich habe mit Leuten der Hundertschaft gesprochen, die da eingesetzt waren. Die sind schon schwer betroffen, dass sie sagen, wir waren da, wir haben es nicht gesehen. Die Frauen sind zum Feiern gekommen, wollten fröhlich sein. Und fahren traumatisiert nach Hause. Und wir konnten nicht helfen. Das ist für uns auch schon eine Belastung.“

Deutschlandfunk

Hartmut Sturm, Kassel:

Die Vorwürfe an die Polizeibeamten in der Kölner Affäre durch die Politik finde ich richtiggehend abstoßend.

Diejenigen, die den Boden bereitet haben für solche Vorgänge, finden in den Polizeibeamten einen wohlfeilen Sündenbock, um abzulenken. Ich vertraue der deutschen Polizei weiterhin – viel mehr als Politikern – und sie hat in der derzeitigen aufgeladenen Situation mein volles Mitgefühl.

Waltraud Ibel, Offenburg:

Alle Übeltäter wissen: In Deutschland werden Opfer und Polizei bestraft. Beispiel Köln. Gedemütigte Frauen und geschundene Polizisten sind der Politik gleichgültig, aber viel neues Geld für Leute, die unter Integration Unterwerfung unter ihre Herrschaft verstehen. Das Islam Unterwerfung heißt, passt nicht zur Schweigespirale. Eine Polizei, die sich nicht einmal gegen verbale und gewalttätige Angriffe wehren darf! Politik und sogar Justiz unterscheiden nicht zwischen Flüchtlingen und anderen Zuwanderern. Wir haben ein stehendes Heer junger Männer im Land. „Köln“ lässt vermuten, dass sie einen Auftrag haben. Woher haben sie so viel Geld für Überflüssiges wie Unmengen von Böllern?

Klaus Conzelmann, Balgheim:

Ich bin geschockt über diesen ARD-„Brennpunkt“. Schon allein der Titel „Protokoll der Überforderung“ ist eine unverantwortliche Provokation der Polizeikräfte. Wenn unsere Politiker zwei Millionen Flüchtlinge, in der Mehrheit junge Männer, vollkommen unkontrolliert ins Land lassen, sind diese

Zustände eine absehbare Konsequenz. Nicht die Polizei hat versagt, sondern unsere Politiker mit ihrer vollkommen unverantwortlichen und naiven Handlungsweise.

Nichts gegen das Asylrecht, aber die innere Sicherheit hat Vorrang vor einem übertrieben toleranten Vorgehen gegenüber den Flüchtlingen. Hier muss sofort deutlich konsequenter durchgegriffen werden und Gesetzesverstöße jeglicher Art müssen eine sofortige Abschiebung zur Folge haben. Ansonsten werden die Teile der Bevölkerung, die heute noch die Willkommenskultur pflegen, morgen rechtsradikale Parteien wählen.

Julia Alefelder, Bochum:

Ich möchte Ihnen eine Geschichte aus meiner Kindheit erzählen. Damals ging ich zu jedem Polizisten, den ich draußen sah, hin, machte einen Knicks und gab ihm die Hand. Durchweg freundlich reagierten diese Polizisten. Auch in späteren Jahren, wenn ich mit meinem Mofa unterwegs war, mal ohne Licht, hielten sie mich freundlich an und sagten, ich solle mal schnell nach Hause schieben. Der Schutzmann war immer etwas Besonderes. Ich fühlte mich geschützt. Auch heute noch achte und wertschätze ich die Polizei. Ich drücke Ihnen meine Hochachtung aus für Ihre viele Arbeit, noch dazu unterbesetzt. Gott schütze Sie.

wsd

Anzeige

Leiden Sie an Ohrenklingeln oder Ohrensausen (Tinnitus)?



Waren Sie innerhalb der letzten zwei Monate ohne angemessenen Gehörschutz einem Schuss oder einer Explosion ausgesetzt?

Wenn ja, eignen Sie sich möglicherweise für die Teilnahme an einer klinischen Forschungsstudie zur Behandlung von Menschen mit akutem Tinnitus.

Nach einer gründlichen Untersuchung erfolgt die Behandlung direkt im Ohr.

Sie können an der Studie teilnehmen, wenn Sie:

- zwischen 18 und 75 Jahre alt sind
- an einem Tinnitus infolge eines Knalltraumas, eines Barotraumas, einer Mittelohroperation, einer traumatischen Perforation des Trommelfells oder einer Mittelohrentzündung leiden.

Für weitere Informationen über die Studie wenden Sie sich bitte an Ihren Arzt oder gehen Sie auf

www.tinnitus-study.info



 Auris Medical
Cochlear therapies

23/NOV/2015 Version 3.1



DGB: Sorge vor Rechtsruck in Europa

Mit Sorge betrachten die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) den wachsenden Rechtspopulismus und Rechts extremismus in Deutschland und den Rechtsruck in vielen Regierungen Europas. Auf einer Pressekonferenz zum Jahresauftakt sagte DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann: „Über 900 Angriffe auf Flüchtlingsheime in 2015 sind ein Skandal. Wir brauchen ein ziviles Engagement für den Schutz von Menschen und gegen Rassismus. Rechtspopulisten dürfen in Deutschland keine Chance haben!“

An der Entsolidarisierung in Europa, so Hoffmann, seien nicht die Flüchtlinge schuld, sondern eine Austeritätspolitik, die vor allem junge Menschen

Mitgliedszahlen des DGB vor: Danach hatten die acht DGB-Gewerkschaften zum 31. Dezember 2015 fast 6,1 Millionen Mitglieder. „Die DGB-Gewerk-



Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), bei der Neujahrspressekonferenz seiner Organisation Ende Januar in Berlin. Foto: Michael Kappeler/dpa

in die Arbeitslosigkeit treibe – europaweit seien es 4,5 Millionen, denen damit eine Perspektive fehle. „Der Politikwechsel für ein soziales Europa ist überfällig“, sagte Hoffmann. Bei der Debatte um die Flüchtlinge müssten die Regierungen endlich einen klaren proeuropäischen Kurs einschlagen: „Schengen einzureißen wäre ein Desaster, es wäre gesellschaftlich wie wirtschaftlich Gift für Europa. Die Freizügigkeit muss erhalten bleiben“, forderte Hoffmann. „Wer die Zahl der Flüchtlinge reduzieren will, muss Ursachen bekämpfen wie Krieg und Armut und nicht Grenzen hochziehen.“

Mehr als sechs Millionen Mitglieder

Der Gewerkschaftschef stellte die

schaften repräsentieren damit weiterhin die größte politische Organisation in Deutschland. Jeden Tag treten fast 1.000 Beschäftigte einer Gewerkschaft bei“, sagte Hoffmann. Es seien zwar insgesamt rund 9.340 Mitglieder weniger als im Jahr zuvor. „Dem Rückgang der Gesamtmitgliederzahl steht aber die Zunahme von Mitgliedern in Beschäftigung gegenüber.“ Der Organisationsgrad bei den Beschäftigten steige. „Diesen Trend wollen wir in den nächsten Jahren verstetigen.“

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende, Elke Hannack, forderte dazu auf, im öffentlichen Dienst die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern. Mit Blick auf die im März startende Tarifrunde im öffentlichen Dienst sagte sie: „Es darf nicht gespart werden bei guten Arbeitsbedingungen und Löhnen.“

Mindestlohn weiterentwickeln

Der DGB wird 2016 den Mindestlohn gegen jegliche Angriffe verteidigen und ihn weiterentwickeln. „Der gesetzliche Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte, der rund 3,6 Millionen Menschen ein ordentliches Lohnplus beschert hat“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Die wiederholten Forderungen von Ökonomen, angesichts der Flüchtlinge Ausnahmen zu erlauben, seien grundfalsch: „Jetzt gilt es den Mindestlohn weiterzuentwickeln und weitere Ausnahmen zu verhindern, damit eine Spaltung der Arbeitnehmerschaft verhindert wird.“

Zu den zentralen Themen in diesem Jahr gehört für den DGB die sichere Rente. „Das Rentenniveau muss stabilisiert werden, zumindest auf dem heutigen Stand“, forderte Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach. „Sonst droht in Zukunft vielen Altersarmut, vor allem den jungen Generationen. Das ist durch den Aufbau einer solidarischen Demografie-Reserve auch innerhalb der Beitragsziele der Bundesregierung langfristig finanzierbar. Auch flexible Übergänge von der Arbeit in die Rente müssen besser und lebensnah abgesichert werden.“ **hol**



In den Medien

AfD-Äußerung zu Schusswaffen an der Grenze: Jörg Radek in WDR2:

„(...) Das sind Ideen, die gehören in die Mottenkiste der Zeitgeschichte, und wir würden dann einen Unrechtsstaat bilden. (...) Ich finde das schlicht und ergreifend widerlich.“

WDR2





WIR
SUCHEN
DICH!

DIE ULTIMATIVE HAIX HERO CHALLENGE 2016

Du bist mutig? Du bist stark? Du gibst alles?

Dann suchen wir zusammen mit der Redakti-
on **POLIZEIPRAXIS** genau Dich!

Zeige uns Deine Hero Qualitäten und siche-
re Dir Deinen Startplatz bei der HAIX Hero
Challenge! Du trittst am 27.08.2016 in Nürn-
berg am Gelände des Stunteams VIP Stunts
gegen neun Kandidaten in unterschiedlichen
Disziplinen an. Deine Übernachtung und Ver-
pflegung übernehmen wir. Anstrengen musst
Du Dich selbst. Geschicklichkeit, Kraft, Mut
und Ausdauer bringen Dich zum Sieg.

Bewirb Dich bis 14.05.2016 per eMail unter

hero-challenge@polizeipraxis.de

mit Deinem Hero-Bild und ein paar In-
fos über Dich. Überzeuge die Jury, war-
um Du der/die richtige Kandidat(in)
bist. Sei kreativ! Sichere Dir den Platz und
greife nach dem Titel HAIX Hero 2016!

Teilnahmebedingungen unter
[www.polizeipraxis.de/
hero-challenge](http://www.polizeipraxis.de/hero-challenge)



GdP-Spitzen im Gespräch mit dem Bundesinnenminister

Zu einem Meinungsaustausch trafen Anfang Februar der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, sein Stellvertreter Jörg Radek und Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Berliner Amtssitz seines Ministeriums zusammen. In dem mehr als einstündigen Gespräch erörterten der Minister und die Gewerkschaftsspitzen die aktuelle Lage der inneren Sicherheit nach den Vorfällen in Köln und anderen deutschen Städten sowie die Ängste der Bevölkerung vor einer zunehmenden Alltagskriminalität.

Einen Schwerpunkt legten Malchow und Radek auf die hohen Belastungen der Polizistinnen und Polizisten von Bund und Ländern im täglichen Dienst. Der GdP-Bundesvorsitzende unterstützte de Maizière in dem Bestreben, weiteres Personal für die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt einzustellen. In diesem Zusammenhang wurde über Modelle zur schnelleren Personalgewinnung auch in den Ländern diskutiert.

red

Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow (r.) und dessen Stellvertreter Jörg Radek (l.)

Foto: Sperer/BMI



GESPRÄCHE

In die Innere Sicherheit investieren

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) haben nach einem Treffen der Vorsitzenden beider im Deutschen Gewerkschaftsbund vertretenen Organisationen, Oliver Malchow und Michael Vassiliadis, Ende Januar in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle von der Politik mehr Investitionen in die innere Sicherheit gefordert.

Allein um den Berg von bis zu 20 Millionen Überstunden abzubauen, der im vergangenen Jahr angefallen war, sind nach Auffassung der GdP umgerechnet 9.000 Stellen notwendig. Seit 1998

wurden bei der Polizei in Bund und Ländern rund 16.000 Personalstellen abgebaut. „Dieser Fehlbedarf muss dringend ersetzt werden. Andernfalls sind die wachsenden Aufgaben der

Polizei kaum mehr zu bewältigen“, betonte der GdP-Bundesvorsitzende gegenüber der Presse.

Demokratische Polizei stärken

Seine Gewerkschaft unterstützte die GdP-Forderungen mit ganzer Kraft, sagte Vassiliadis und fügte hinzu: „Wir wollen eine gut ausgestattete Polizei, die den steigenden Anforderungen gerecht werden kann.“ In



GESPRÄCHE

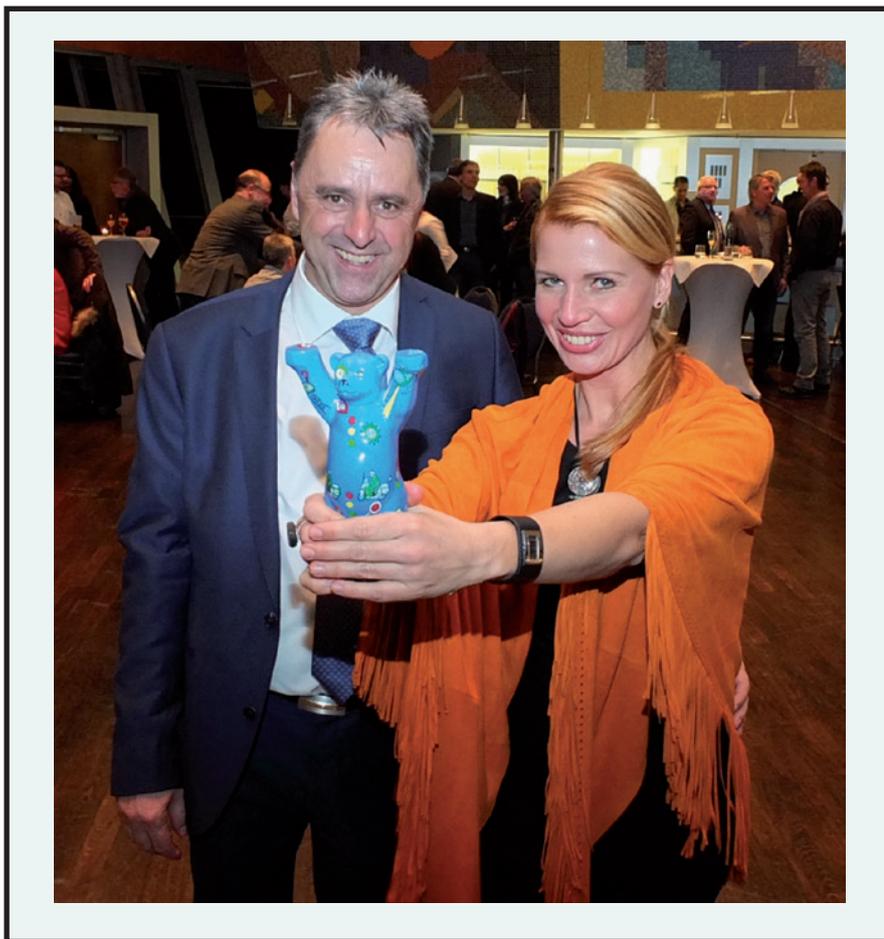
schwierigen Zeiten mit neuen Bedrohungen durch Extremismus jedweder Art müsse der Staat bereit sein, in die innere Sicherheit zu investieren. „Das ist ein notwendiger Beitrag, um unsere Freiheit und unsere Art des Zusammenlebens zu verteidigen“, so der IG BCE-Chef. Die demokratische Polizei in Deutschland müsse gestärkt werden, „damit die Polizistinnen und Polizisten weiterhin einen guten Job machen können“. Seine Gewerkschaft habe „allergrößten Respekt“ vor der Leistung der Polizei gerade angesichts der Herausforderungen der vergangenen Monate. **hol**

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), und GdP-Chef Oliver Malchow (r.) wollen eine starke Polizei. Foto: Zielasko



FERNSEHEN

„Tatort“-Kommissarin Ehrenmitglied der GdP



Zur Sympathieträgerin des Jahres 2015 hat der GdP-Landesbezirk Saarland die „Tatort“-Kommissarin Lisa Marx geehrt. Die Schauspielerin Elisabeth Brück identifiziere sich, so der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Ralf Porzel in seiner Laudatio, in besonderer Weise mit der Polizei und der Gewerkschaft der Polizei. Porzel: „Durch ihre Arbeit trägt sie zu einem positiven Bild der Polizei und ihrer Beschäftigten in der Öffentlichkeit bei. Sie ist eine wundervolle Botschafterin unserer gemeinsamen Werte und Ziele.“ Der GdP-Landesvorsitzende überreichte der Preisträgerin auf dem GdP-Neujahrsempfang den „Buddy-Bären“ der GdP und einen GdP-Mitgliedsausweis.

Ralf Porzel

Foto: Felix Britz



Zahlreiche Personalratswahlen in diesem Jahr

2016 ist ein wichtiges Jahr für die Beschäftigten der Polizeien von Bund und Ländern. Gleich in sieben Bundesländern stehen Personalratswahlen an – in Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen sowie bei der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt auf Bundesebene.



Foto: Zielasko

Personalräte sind die kollektive Interessenvertretung aller Beschäftigten in den Dienststellen. Der Status der Beschäftigten ist dabei unerheblich: Der Personalrat einer Dienststelle ist für alle Kolleginnen und Kollegen zuständig – für die Tarifbeschäftigten ebenso wie für die Beamtinnen und Beamten, die dort ihren Dienst leisten. GdP-Personalräte stehen für den Erhalt sicherer Arbeitsplätze und guter Arbeitsbedingungen in den Dienststellen.

Mitbestimmung einfordern

Digitalisierung, Umstrukturierungen, Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sowie Ausgliederungen verändern den öffentlichen Dienst. Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, psy-

chische Belastungen nehmen erheblich zu. Wir wollen und werden neue Wege gehen. GdP-Personalräte fordern Mitbestimmung konkret ein und setzen diese konsequent durch. Hierbei sind sie engagiert und kompetent.

Demokratische Rechte am Arbeitsplatz

Die Arbeit in den Dienststellen ist bestimmt durch politische Entscheidungen. Die gilt es zu beeinflussen – gemeinsam mit einer starken Gewerkschaft hinter einem starken Personalrat. GdP-Personalräte setzen sich für gute Arbeit und gutes Geld ein. Dies gilt gerade in Zeiten intensiver Veränderungen.

Alle vier Jahre können Beschäftigte ihre demokratischen Rechte auch am Arbeitsplatz wahrnehmen und den Personalrat wählen, der dann ihre Interessen gegenüber dem Dienstherrn und Arbeitgeber vertritt.

Wissen, was in der Dienststelle läuft

Mit einem Personalrat wissen Beschäftigte immer, was in der Dienststelle läuft. Denn der Arbeitgeber und

Dienstherr muss den Personalrat umfassend informieren, damit dieser genau das tun kann, wofür er gewählt wurde: Die Interessen der Beschäftigten vertreten, für gerechte Bezahlung und faire Arbeitszeitmodelle sorgen sowie im Ernstfall Arbeitsplätze zu sichern und Härten abzufedern. Deshalb: Bei Personalratswahlen mitwählen und mitbestimmen.

Der Personalrat wird direkt von den Beschäftigten gewählt und unterstützt auch bei individuellen Problemen. Konflikte mit der oder dem Vorgesetzten? Fragen nach der Eingruppierung? Probleme mit Diskriminierung, Fortbildung, Urlaub, Arbeitszeit? Der Personalrat ist die beste Anlaufstelle.

Personalrat entscheidet mit

Mit Mitbestimmung zur guten Arbeit – sicher und fair bezahlt – in Deiner Dienststelle: Das ist machbar, wenn Beschäftigte ihren Personalrat bei der Personalratswahl stark machen. Dieser hat gesetzliche Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte und kann beim Arbeitgeber das ansprechen, was einzelnen Beschäftigten oft nicht möglich ist. Viele Entscheidungen kann der Arbeitgeber nicht allein treffen. Der Personalrat entscheidet mit bei: Arbeitszeit, Schichtplan und Überstunden, Einstellung und Kündigung, Eingruppierung und Leistungsentgelt, Aus- und Weiterbildung, Unfallverhütung, Gesundheits- und Umweltschutz,



GdP-Haupt- und Gesamtpersonalräte bei ihrer Sitzung im Herbst 2015. Foto: Zielasko



MITBESTIMMUNG

Arbeitsabläufen und Gestaltung der Arbeitsplätze.

Augenhöhe mit dem Arbeitgeber

Personalräte sind Profis für Mitbestimmung und gute Arbeit. Sie haben mit der GdP eine professionelle Partnerin an ihrer Seite. Die GdP stärkt ihnen mit ihrer Fachkompetenz den Rücken und bringt sie auf Augenhöhe mit dem Dienstherrn und Arbeitgeber. Die GdP unterstützt die Personalräte in allen wichtigen Rechts- und Wirtschaftsfragen. Die GdP berät den Personalrat beim Aushandeln von Dienstvereinbarungen sowie bei Ansprüchen aus einem Tarifvertrag. Neu gewählte

Personalratsmitglieder und gegründete Gremien unterstützt die GdP, in dem sie diese für ihre neue Aufgabe besonders beschult und qualifiziert.

Berechtigte Interessen durchsetzen

Mit dem Personalrat wählen Beschäftigte ihre professionelle Interessenvertretung. Deren Basis bilden das Bundespersonalvertretungsgesetz oder die Landespersonalvertretungsgesetze. Sie verpflichten die Arbeitgeber, den Personalräten genügend Zeit für ihre anspruchsvolle Arbeit und die Qualifizierung zu geben. Dies geschieht in der Regel über Freistellungen.

Bei Konflikten müssen sich Perso-

nalräte gegenüber dem Arbeitgeber behaupten, um die berechtigten Interessen der Kolleginnen und Kollegen durchzusetzen. Hierbei sind starke Personalräte und starke Gewerkschaften von besonderer Bedeutung.

Mitbestimmung heißt, mitmachen und wählen gehen

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützt eure Gewerkschaft, unterstützt eure GdP und geht wählen! Nur gemeinsam sind wir stark und werden die Herausforderungen der Zukunft gestalten und meistern können!

hmue

Deutscher-Personalräte-Preis 2016 – jetzt bewerben!

Bewerbungen für den Deutschen Personalräte-Preis 2016 können bis Ende Mai unter www.dprp.de eingereicht werden. Die Ehrung ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ und wird gemeinsam vom Bund-Verlag, Frankfurt am Main, und der HUK-COBURG verliehen.

Unter dem Motto „Initiativen für Beschäftigte“ werden mit dem Preis zum sechsten Mal seit 2010 Projekte aus der täglichen Personalratsarbeit in Dienststellen, Behörden und Ämtern ausgezeichnet. Öffentliche Dokumentation, Würdigung und Anerkennung stehen dabei im Vordergrund. Bewerben können sich einzelne Personalratsmitglieder, komplette Gremien oder dienststellenübergreifende PR-Kooperationen. Auch Jugend- und Auszubildendenvertretungen sind zur Teilnahme aufgerufen.

Projekte und Initiativen aus den Jahren 2014 bis 2016, die zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, deren Arbeitsumfeld oder der sozialen Rahmenbedingungen beigetragen haben, können eingereicht werden. Die Kriterien für die Bewertung der Arbeiten sind unter anderem die Umsetzbarkeit und Übertragbarkeit der durchgeführten Projekte sowie die konkreten Auswirkungen auf den Alltag in der Dienststelle.

Die Preisübergabe erfolgt anlässlich des von DGB und Hans-Böckler-Stiftung Mitte November in Berlin veranstalteten Schöneberger Forums,

der jährlichen Fachtagung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Im Rahmen des Deutschen Personalräte-Preises zeichnet die DGB-Jugend zudem beispielhafte JAV-Arbeit und Projekte für jugendliche Beschäftigte und Auszubildende mit einem Sonderpreis aus.

Für die Jury, besetzt mit Praktikern aus öffentlichem Dienst, Gewerkschaften und Wissenschaft, sind folgende Fragen von Interesse: Warum wurde das Gremium aktiv, aus welchen Gründen wurde das Projekt angeschoben?

Wie war die Vorgehensweise? Was ist am Schluss herausgekommen? Welche Perspektiven ergeben sich daraus für Anschlussaktionen und -maßnahmen?

Für die Teilnahme am Deutschen Personalräte-Preis 2016 genügt zunächst eine Online-Bewerbung mit den wesentlichen Informationen zum Inhalt des Projekts. Bewerbungsschluss ist der **31. Mai 2016** (Posteingang). Ausführliche Informationen, Bewerbungsunterlagen und Kontaktadressen unter www.dprp.de.

pm/red

TIPP

Bund-Verlag startet Facebook-Seite für Personalräte

Personalräten steht ab sofort ein neuer Informationskanal auf Facebook zur Verfügung. Ausgewählt von den Fachredaktionen des Bund-Verlags finden sich dort aktuelle Meldungen, interessante Praxistipps und Arbeitshilfen rund um die Mitbestimmung in Behörden, Dienststellen und Ämtern.

Die Seite bietet Gelegenheit zur fachlichen Diskussion mit Personalratskollegen aus anderen Dienststellen und vielen Experten aus der juristischen Beratung. Der Facebook-Auftritt erweitert das bereits umfangreiche

Informations- und Servicepaket der Fachzeitschrift „Der Personalrat“.

Christof Herrmann

Hier geht's zur Facebook-Seite Fachwissen für Personalräte:

www.facebook.com/Fachwissen.Personalrat



Im Heiligen Land unterwegs

Wer schon immer davon träumte, allein oder mit seinem Partner einmal in das Heilige Land nach Israel zu fahren, es aus den unterschiedlichsten Gründen aber bisher nie in die Tat umsetzte, ist bei der GdP richtig. Auch 2016 bieten wir Kolleginnen und Kollegen von Bund und Ländern und ihren Begleitern wieder ein großartiges Erlebnis!

Auf dem Reiseprogramm stehen „die weiße Stadt“ Tel Aviv mit Jaffa, Nazareth und Jerusalem, die Heiligen Stätten um den See Genezareth, Sehenswürdigkeiten am Toten Meer, Einblicke in die Kultur und Religion von Juden, Muslimen und Christen. Wir wollen auch Besuche bei der israelischen Polizei/ Grenzpolizei, bei der Polizei der Palästinensischen Autonomiebehörde, in Kibbuz und Gespräche über die politische Situation in Israel organisieren. Eine einmalige Gelegenheit, einen Einblick in diesen Schmelztiegel der Religionen, Geschichte und politischen Konflikte zu erhalten.

Geführte Bildungsreise

Die Tour ist eine geführte staatspolitische Bildungsreise, die verschiedenste Einblicke in die religiösen, kulturellen, geschichtlichen und politischen Aspekte Israels bietet. Beamtinnen und Beamte des Bundes und der Länder können nach Vorlage der Bestätigungen für die Teilnahme bis zu fünf Tage Sonderurlaub erhalten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können nach den Vorschriften der jeweiligen Bundesländer gegebenenfalls für die gesamte Reisedauer Bildungsurlaub in Anspruch nehmen.

Mehr Informationen, spannende Reise- und Bildberichte sowie die gültigen Reisebedingungen/-preis und Anmeldeformular sind auf der Spezial-Seite www.israelreise.gdp-bundespolizei.de zu finden. Fragen können auch gern an die GdP-Geschäftsstelle (Telefon 0211-7104-519) oder direkt an Kollegen Sven Hüber, der auch dieses Mal die Bildungsreise leitet, gerichtet werden (E-Mail: bhpr@bmi.bund.de oder Telefon: 030/18681-4610).

Sven Hüber

... der Bundeskontrollausschuss?

Der Bundeskontrollausschuss (BkonA) besteht aus je einem delegierten Mitglied der GdP-Landesbezirke und -Bezirke. Die sich dort mindestens einmal im Jahr versammelnden Kolleginnen und Kollegen dürfen übrigens keinem anderen Gremium der GdP auf der Bundesebene angehören.

Aktueller Vorsitzender des BkonA ist der Niedersachse Michael Bersenkowitsch, der nach dem Bundeskongress 2014 in Berlin das Amt seines Vorgängers Gerhard Remmet, heutiger Vorsitzender des GdP-Bundesschiedsgerichts, übernahm. Vertreten wird er durch Hartmut Rulle aus Nordrhein-Westfalen, das Amt des Protokollführers übernahm der Rheinland-Pfälzer Peter Busch.

Das Kontrollgremium wacht, so steht

Bundeskongresses, also 2018, berichten. Und zwar vor den GBV-Wahlen“, sagt Bersenkowitsch, der für die GdP auch das Amt des Bezirkspersonalratsvorsitzenden der Polizeidirektion Göttingen ausfüllt. Grundsätzlich sähen sich sein Gremium und er jedoch vor allem als Schlichter, als diejenigen, die die Wogen glätten und Einvernehmen herstellen wollen. „Wir sprechen die Beteiligten auch auf der emotionalen Ebene an



Der Vorsitzende des GdP-Bundeskontrollausschusses, Michael Bersenkowitsch (2.v.r.), begrüßt den Bundesvorsitzenden Oliver Malchow zur BkonA-Tagung in Berlin. Foto: Zielasko

es in der Satzung der GdP, über die „ordnungsgemäße Durchführung der Beschlüsse des Bundeskongresses und der satzungsgemäßen Arbeit der Organe“. Die einzige Ausnahme bildet jedoch das Bundesschiedsgericht. Zugleich nimmt der BkonA Beschwerden über den Gewerkschaftsbeirat, den Bundesvorstand und den Geschäftsführenden Bundesvorstand entgegen. Auch die Kassenprüfberichte finden ihren Weg zu den GdP-Ordnungshütern.

Die Wogen glätten

„Beschwerden können ganz unterschiedlicher Natur sein. Das kann von der Art der formalen Aufbereitung eines Protokolls bis zu deutlich weiterreichenden, strukturellen Meinungsverschiedenheiten gehen. Wenn wir feststellen, dass die Beschwerde berechtigt ist, beschließen wir, dass der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) entsprechende Korrekturen einleiten muss. Handelt er nicht, werden wir das den Delegierten des nächsten

und sind bestimmt keine reinen Technokraten“, betont der 57-Jährige.

Vorprüfung

Aus den Ländern oder Bezirken eingehende Beschwerden werden von drei BkonA-Mitgliedern vorgeprüft. Dabei ist die Hürde, die eine Beschwerde überwinden muss, um im BkonA erörtert zu werden, nicht sehr hoch. Es reicht aus, wenn nur einer der drei Vorprüfer die Beschwerde für nicht gänzlich unbegründet hält.

Zunächst der BkonA-Vorsitzende, dann sein Stellvertreter oder bei Terminschwierigkeiten noch ein bestimmtes Mitglied des Gremiums sind berechtigt, an Sitzungen der GdP-Organe „mit beratender Stimme“ teilzunehmen.

Beim GdP-Bundeskongress Ende 2018 wird Bersenkowitsch den Delegierten Bericht erstatten. Man darf gespannt sein, was sich in vier Jahren Kontrollarbeit in der BkonA-Kladde angesammelt hat.

mzo



Ausgelaugt!

Die Beamtinnen und Beamten der Bereitschaftspolizeien (BePo) der Länder und des Bundes sind ausgelaugt und am Ende ihrer Kräfte, zeigte sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mitte Januar in einer Pressemeldung alarmiert. 2005 hatten die Geschlossenen Einheiten 89 länderübergreifende Unterstützungseinsätze geleistet, ein Jahrzehnt später waren es 143 und für das vergangene Jahr schätzte der vor dem Hintergrund der Kölner Silvester-Vorfälle im Januar in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle tagende Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei (BFA BePo) das Einsatzaufkommen auf über 200.

„Wir können längst nicht mehr alle an uns gestellten Anforderungen erfüllen. Das gilt gleichermaßen für unterstützende Einsätze des polizeilichen Einzeldienstes in den Ländern wie für Anfragen aus anderen Ländern, wenn beispielsweise bei Demonstrationen gewalttätige Übergriffe erwartet werden oder für Hochrisikospiele beim Fußball“, sagte Clemens Murr, für die BePo verantwortliches Mitglied

im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand.

Oft nur auf dem Papier

Zwar habe das Personal bei den Geschlossenen Einheiten offiziell in den vergangenen zehn Jahren von 16.400 auf heute 15.900 Beamtinnen und Beamte nur gering abgenommen,

jedoch gelte dies nur auf dem Papier, ergänzte Jürgen Herdes, Vorsitzender des BFA BePo. „Von den eigentlich für den Einsatz zur Verfügung stehenden Kolleginnen und Kollegen befindet sich ein beachtlicher Teil beispielsweise in der Aus- oder Fortbildung, andere sind dauerhaft abgestellt, um den ausgedünnten Einzeldienst in den Ländern zu unterstützen.“ Diese Personallücke sei tägliche Wirklichkeit, betonte der einsatzerfahrene Führer einer sogenannten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE).

Murr und Herdes forderten Bund und Länder zu einer ehrlichen Bestandaufnahme bei der Bereitschaftspolizei auf. Es seien zudem regelmäßige statt anlassbezogene finanzielle Investitionen in die BePo notwendig. Weiterhin müssten bundesweite Ausrüstungsstandards geschaffen werden, die sowohl praxistauglich seien wie der sich zuspitzenden Gefahrenlage für die Einsatzkräfte angepasst. „Von



Die Kölner Silvester-Vorfälle wirken nach: Engagierte Debatte der GdP-Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten.

Foto: Zielasko



unseren Kolleginnen und Kollegen wird mittlerweile seit Jahren verlangt, dass sie von einem Brennpunkt zum nächsten reisen, dass sie dabei mit teils veralteter Ausrüstung ihre Haut für den Rechtsstaat zu Markte tragen und auf Wochenenden mit der Familie oder Freunden weitgehend verzichten. Wir vermissen die Unterstützung der politisch Verantwortlichen schmerzlich“, sagten die BePo-Gewerkschaftsvertreter.

Breite Themenpalette

Die BePo-Vertreterinnen und -Vertreter der Länder und Bezirke bewerteten die aktuelle Situation der Bereitschaftspolizei im Kontext der anhaltenden Flüchtlingssituation und erörterten die kommenden Einsatzlagen.

Der BFA-BePo-Vorsitzende Herdes schilderte DEUTSCHE POLIZEI am eigenen Dienstbeispiel den derzeitigen



Foto: Zielasko

Alltag in der Bereitschaftspolizei. Er habe im Dezember und Januar fast nur Einsätze in Erstaufnahmestellen und Flüchtlingsunterkünften gefahren. Dann stand für ihn unter anderen die am ersten Februarsamstag organisierte Pegida-Kundgebung in Dresden auf dem Plan, die als „Demonstrationen gegen die Islamisierung“ gleichzeitig in 14 europäischen Ländern stattfand.

Auf der Tagesordnung des BFA BePo waren weiterhin Berichte über den Sachstand der Haushalte der Länderbereitschaftspolizeien. Ebenfalls erarbeiteten die GdP-BePo-Experten einen Themenkatalog rund um eine für den Herbst geplante zweitägige Fachveranstaltung.

Eine kurze Terminlücke nutzte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow zu einer Stippvisite bei den BePo-Kolleginnen und -Kollegen und erläuterte die aktuelle gewerkschaftspolitische Lage.

mzo

TERRORISMUS

Foreign Fighters – Eine globale Bedrohung der Sicherheit, insbesondere Europas und damit auch Deutschlands

Von Berndt Georg Thamm

Das Meir Amit Informationszentrum über Geheimdienste und Terrorismus im israelischen Zentrum für Nachrichtendienst, Kulturerbe und Gedenken macht seine Erkenntnisse im „weekly publication on global Jihad monitors developments among ISIS and global jihad organizations in Syria and in the Middle East“ Interessierten mehrsprachig (auch in Deutsch) im Netz zugänglich. In seinem „Blick auf den Weltjihad“ der Woche vom 22. September bis 8. Oktober 2015 hieß es unter anderem: „Schätzungen zufolge befinden sich in Syrien 30.000 ausländische Kämpfer aus mehr als 100 Ländern, viele davon kämpfen in den Reihen des IS. Demnach soll sich die Zahl der ausländischen Kämpfer in Syrien im letzten Jahr verdoppelt haben ... (New York Times ...)“.

So hatten im September 2014 die United Nations (UN) die Anzahl der „Foreign Fighters“ auf 13.400 geschätzt, die laut UN-Generalsekretär Ban Ki Moon aus 80 Ländern kamen. Im Februar 2015, ein halbes Jahr später, ging das Nationale Zentrum zur

Terrorismus-Abwehr (NCTC) schon von 20.000 Kämpfern aus mehr als 90 Staaten aus. Zu dieser Größenordnung war kurz zuvor auch das International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR) gekommen, das beim Kings College in London angesiedelt ist (siehe

Grafik „Foreign Fighters 2014/15“ auf Seite 6).

Sollten die jüngsten Daten der „New York Times“ vom 25. September 2015, die sich auf US-Geheimdienste berief, realistisch sein, so das israelische Meir Amit Intelligence and Terrorism Centre, „würde das einer bedeutenden Zunahme der ausländischen Aktivisten in Syrien, mehrheitlich von Kämpfern in den Reihen des IS, gleichkommen. Die Zunahme der ausländischen Aktivisten bedeutet das Scheitern der internationalen Gegenmaßnahmen, welche die Ausreise von ausländischen Aktivisten nach Syrien verhindern sollten, und zeugt davon, dass der IS und andere Dschihad-Aktivisten Wege und Methoden gefunden haben, um diese Gegenmaßnahmen zu umgehen“.



„Ein Rechtsstreit kommt meistens unverhofft, dauert immer länger und wird immer teurer!“

ADVOCARD
ANWALTS LIEBLING



Ausgeliefert ohne Rechtsschutz? Nicht mit der ADVOCARD Verkehrs-Rechtsschutzversicherung!

Für GdP-Mitglieder günstig und leistungsstark. Mit der ADVOCARD erhalten Sie Rechtsschutz u.a. als:

- Kfz-Halter/-Eigentümer sowie als Fußgänger und Radfahrer
- Fahrer fremder Kfz oder als Fahrgast in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln

Wahlweise als **Single Tarif** (mitversichert sind auch Ihre Kinder. Volljährige Kinder, wenn sie weder berufstätig, verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft leben) oder als **Familien/Partner Tarif**.

Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den ADVOCARD Rechtsschutz können Sie sich verlassen.

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall • Keine Wartezeit • Notruf-Hotline aus dem Ausland und Übernahme der Dolmetscherkosten

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen: OSG der Gewerkschaft der Polizei: (0211) 710 42 02

Bitte senden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, per Fax: 0211 / 710 42 72, per E-Mail: Diana.Luehr@GdP.de

Name, Vorname	<input type="text"/>		
Straße, Haus-Nr.	<input type="text"/>		
PLZ	<input type="text"/>	Wohnort	<input type="text"/>
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	<input type="text"/>	GdP-Mitgliedsnummer	<input type="text"/>
Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners	<input type="text"/>	E-Mail	<input type="text"/>

Ich wünsche ab

(frühestens einen Tag nach Eingang bei der OSG)

den Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz

verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH

Versicherungssumme: 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Single Tarif jährlich **61,90 €***
(§18 Abs. 2 u. 3 ARB 2014)

Familien/Partner Tarif jährlich **82,20 €***
(§18 Abs. 1 u. 2 ARB 2014)

Vorversicherung nein ja, bei

(bitte immer angeben) gekündigt vom Versicherungsnehmer Versicherer

Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die OSG der Gewerkschaft der Polizei-Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 22 ZZZ 000000 67861 – widerruflich, Beiträge von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die dieses Konto betreffenden Lastschriften der OSG einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenz teilt die OSG vor der ersten Abbuchung mit.

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Bitte senden Sie mir ein Angebot zum Privat- und Wohnungsrechtsschutz.

* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.

Syrien – ein „geopolitisches Tschernobyl“ verbreitet Instabilität und Terror

Die Foreign Fighters zogen und ziehen in einen Bürgerkrieg mit vielen Fronten und verwirrenden Freund-Feind-Konstellationen, in dem scheinbar jeder gegen jeden und angeblich alle gegen den IS kämpfen. Nach Angaben der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte wurden allein in Syrien im vergangenen Jahr mehr als 55.000 Menschen getötet, darunter über 13.000 Zivilisten. Insgesamt kamen dort, so die Vereinten Nationen, seit Beginn des Konfliktes im Frühjahr 2011 mehr als 260.000 Menschen ums Leben. Einer neuen Studie des Syrischen Zentrums für Politikforschung zufolge sollen in diesem Zeitraum gar 470.000 Menschen ums Leben gekommen sein. Syriens Diktator Baschar al-Assad verlor in den vergangenen fünf Jahren rund ein Drittel seiner 300.000-Mann-Armee und kontrolliert heute nur noch ein Viertel seines Landes.



Ein Polizist einer tunesischen Spezialeinheit am Tatort eines Terroranschlags auf ausländische Touristen.
Foto: PHOTOPQR/VOIX DU NORD/dpa

Der Front des alawitisch-schiitischen Machthabers, die von iranischen Revolutionsgardisten, libanesischen Hizbollah-Milizionären und anderen schiitischen „Gastkämpfern“ unterstützt wird, stehen rund 100.000 zumeist sunnitische Rebellen gegenüber, die in bis zu 1.000 Gruppen und Grüppchen organisiert sind. Zusätzlich haben sich in Syrien ausländische Akteure positioniert, die zum einen das geschwächte Assad-Regime stützen (Russland, Iran, Hizbollah im Libanon), zum anderen zu dessen Sturz (USA, Saudi-Arabien, Türkei) beitragen wollen. Diese parteiliche Positionierung findet ihre Fortsetzung bei den Regime-Gegnern unterschiedlichster Couleur. So wird die kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD) von Russland und den USA unterstützt; die Türkei und Saudi-Arabien gelten als Gegner. Dschihadistische Milizen wie die Jaish al-Islam und Ahrar al-Scham werden von Saudi-Arabien unterstützt, von Russland und dem Iran bekämpft. Die dschihadistische al-Nusra (al Qaida in Syrien) hat immer noch private Gönner in den Golfstaaten, wird als gelistete Terrororganisation von den USA, Russland und dem Iran bekämpft. Last not least werden die Freie Syrische Armee (FSA) und die Syrische Arabische Republik als Gruppen der gemäßigten sunnitischen Opposition von den USA und Saudi-Arabien un-

terstützt, vom Iran befehdet.

Stellvertreterkrieg droht

In diesem „Schlachtfeld der Interessen“ droht ein Stellvertreterkrieg, der durch zusätzliche Kämpfe der Regionalmächte noch viel gefährlicher werden könnte. So ist zum einen nach der Aufkündigung des Friedensprozesses mit der Kurdenguerilla durch den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan Ende Juli 2015, dessen Luftwaffe in der Folge Einsätze gegen die PKK im Nordirak fliegt, der kurdische Südosten der Türkei wieder zum Kampfgebiet geworden. Die Gewalt könnte auf Istanbul und andere westtürkische Metropolen übergreifen. Die Gefahr eines Bürgerkrieges ist nicht auszuschließen. Zum anderen droht ein langzeitiger innerislamischer Konflikt durch zunehmende Konfrontationen Saudi-Arabiens als regionale Schutzmacht der Sunniten mit dem Iran als regionale Schutzmacht der Schiiten weit über Syrien und dem Irak hinausgehend zu eskalieren.

Auf saudischer Seite wurde „die bisherige vorsichtige diplomatische Haltung der älteren Führungsmitglieder der Königsfamilie durch eine impulsive Interventionspolitik ersetzt“, hieß es Ende des Jahres in einer Analyse des BND, der als maßgeblichen Akteur den



in den Medien

Verlängerte Grenzkontrollen: Jörg Radek in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“:

„Für einen Zeitraum von vielleicht drei Wochen können wir das leisten, aber länger reichen die personellen Kräfte nicht aus.“ Die Bundespolizei sei an ihrer Belastungsgrenze angekommen. „Wir haben seitdem mehr als zwei Millionen Überstunden angehäuft, das ist der Gegenwert von 1.100 Einsatzkräften“

**Neue Osnabrücker
Zeitung**



jungen Vizekronprinzen Mohammed bin Salman ausmachte. Der Lieblingssohn des greisen Königs war kaum im Amt des Verteidigungsministers, da bildete er auch schon zusammen mit neun Alliierten die bis dahin größte sunnitische Militärallianz, die im März 2015 im Nachbarland Jemen in den dortigen Bürgerkrieg gegen schiitische Huthi-Rebellen eingriff.

Neun Monate und 6.000 Tote später rief er am 15. Dezember mit der Islamischen Koalition eine sunnitische Anti-IS/Terror-Allianz ins Leben, der 34 Staaten aus Afrika, Asien und der arabischen Welt angehören. Vierzehn Tage nach Gründung dieser Koalition, die explizit den schiitischen Iran ausschloss, eröffnete der Präsident dieses Erzfeindes, Hassan Ruhani, in Teheran am 28. Dezember eine Konferenz zur „derzeitigen Krise der islamischen Welt“, auf der er alle islamischen Staaten zur Einheit aufrief, „auch diejenigen, die bis jetzt ihre Nachbarn bombardieren“. Keine Woche später löste ein spektakuläres Fanal eine

schwere diplomatische Krise in der Region aus. Am 2. Januar 2016 hatte Saudi-Arabien 47 Menschen wegen Terrorvorwürfen hinrichten lassen. Unter den Exekutierten war auch der im Oktober 2014 wegen Aufwiegelung und Ungehorsam zum Tode verurteilte schiitische Geistliche Scheich Nimr Baker al-Nimr, der während des „Arabischen Frühlings“ 2011 zu den Anführern der Schiiten-Proteste im Osten des Königreiches gehört hatte. Zwei Tage später verteidigten die Vertreter Saudi-Arabiens vor den Vereinten Nationen in New York die größte Massenhinrichtung seit über 30 Jahren, die in der Folge zu Angriffen auf die saudische Botschaft in Teheran, sowie Abbrüchen diplomatischer Beziehungen der Kontrahenten führte.

Eben diesen Kontrahenten hatte der IS, dessen „Ideologie und Gewaltdiskurs“ vom Iran erst Ende letzten Jahres scharf kritisiert worden war, schon vor geraumer Zeit den jeweiligen Anspruch abgesprochen, einziger wahrer Nachfolger des Prophe-

ten zu sein. Diese Nachfolge nahm der neue Kalif des neuen Kalifats, eben des IS, höchstpersönlich für sich selbst in Anspruch. Alle diese Entwicklungen machen deutlich, dass im Nahen Osten mittlerweile ein „Kampf der religiösen und säkularen Welten“ entbrannt ist, von dem Instabilität und Terror auf Jahrzehnte hinaus sich rund um den Globus ausbreiten, so David Petraeus. Der US-Heeresgeneralleutnant, einst Oberkommandeur der Koalitionsgruppen im Irak und später CIA-Direktor, sah in Syrien, dem Ziel der meisten ausländischen Kämpfer, ein „geopolitisches Tschernobyl“.

Die Welt gegen den IS – der IS erklärt der Welt den Krieg

Im zweiten Jahr seiner Existenz sieht sich das Kalifat von einem „unheiligen Triumvirat“ bedroht, das aus seiner Sicht von den vom wahren Glauben abgefallenen „schiitischen Schlangen“, den gottlosen Kommu-

Anzeige

SAISONSTART

4.-5. MÄRZ

IN ALLEN POLO STORES!

Viele tolle Angebote
und Aktionen!



Weil ich Motorrad fahre.

www.polo-motorrad.de



VERKEHRSTRAFTATEN

Leitfaden für Ausbildung, Fortbildung und Praxis

Von **Bernd Brutscher**.



9. Auflage 2016

Umfang: 526 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 22,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0764-2

Das Legalitätsprinzip aus § 163 StPO verpflichtet die Polizei zur Verfolgung von Straftaten. Einen wesentlichen Anteil der Delikte nehmen in diesem Zusammenhang die Verkehrsstraftaten ein. In diesem Buch erläutert der Autor umfassend alle bedeutsamen Vergehen sowie deren Auswirkung auf Fahrerlaubnis und Führerschein des Täters. Der Leser findet somit alle wesentlichen Informationen zum Führen von Fahrzeugen, zum Thema Alkohol und Drogen im Straßenverkehr, zum Fahrerlaubnisrecht, Fahrverbot und Fahrerlaubnisentzug sowie den einzelnen Verkehrsstraftaten aus Strafgesetzbuch, Straßenverkehrsgesetz, Kraftfahrzeugsteuer- und Pflichtversicherungsgesetz.

Dies sind insbesondere

- Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB),
- Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB),
- Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c StGB),
- Vollrausch (§ 323a StGB),
- Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr (§ 315b StGB),
- Nötigung (§ 240 StGB),
- Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG),
- Kennzeichenmissbrauch (§ 22 StVG),
- Missbrauch von Wegstreckenzählern und Geschwindigkeitsbegrenzern (§ 22b StVG).

Darüber hinaus sind die ordnungswidrigkeitsrechtlichen Tatbestände und die Rechtsfolgen der Alkohol- und Drogenfahrten nach § 24a StVG eingehend erklärt, ebenso die maßgeblichen Indikatoren der Rauschmittelbeeinflussung und alle Grenzwerte für Atem- und Blutalkoholkonzentrationen.



DER AUTOR

Bernd Brutscher, Polizeirat, Verkehrssicherheitsbeauftragter des saarländischen Ministeriums für Inneres und Sport.



Bernd Brutscher



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

nisten aus Russland und einer vom „großen Satan“ USA geführten Anti-IS-Allianz von über 60 Staaten gebildet wird. Vor diesem Hintergrund hat der IS im vergangenen Jahr angefangen, der ihn bekämpfenden Welt den Krieg zu erklären.

Nach einem IS-Terroranschlag in der südtürkischen Stadt Suruc am 20. Juli 2015 (32 Tote) hatte die Türkei seine NATO-Basis Incirlik für US-Luftschläge gegen das Kalifat geöffnet und schloss sich der Anti-IS-Allianz an. Vor diesem Hintergrund erklärte der IS keine vier Wochen später am 17. August in einer unmissverständlichen Botschaft der nun für ihn nichtmuslimischen Türkei den Krieg und rief zum Aufstand gegen ihren Präsidenten, den „Teufel“ Erdogan mit den Worten auf: „Alle Gläubigen sollen Istanbul erobern, die Stadt, die der verräterische Erdogan Tag und Nacht den Kreuzfahrern ausliefert“. Mit der Türkei erklärte das neue Kalifat dem Staat den Krieg, der vor 91 Jahren das alte Kalifat per Gesetz abgeschafft hatte. Den Worten folgte am 11. Oktober ein IS-Selbstmordanschlag in Ankara (102 Tote). In der Türkei soll der IS, so Schätzungen im Anschlagmonat, rund 3.000 Anhänger haben. Über 700 Türken – andere Schätzungen liegen weit höher – kämpfen in den Reihen der IS-Miliz.

Kriegserklärung an die „dunkle Macht“ Russland

Schon im Oktober 2007 hatte der „Präsident“ der tschetschenischen Untergrundrepublik Itschkerija die Region zum Kaukasischen Emirat deklariert. Dies hielt den IS im Juni 2015 nicht davon ab, den Kaukasus zu seiner Provinz auszurufen. Ein Vierteljahr später griff Russland am 30. September von seiner neu errichteten, südlich von Lakatia gelegenen Basis in den Syrien-Konflikt mit Kampfjets ein, die IS-Munitionsdepots und Treibstofflager in der Provinz Homs bombardierten. Zwei Wochen später rief der IS am 13. Oktober in einer Audiobotschaft zum „Heiligen Krieg“ gegen Russen und Amerikaner auf: „Islamische Jugend der Welt, entzündet den Dschihad gegen Russen und Amerikaner“. Den Worten folgten Taten. So wurden die Insassen des Airbus A-321 der russischen Fluggesellschaft Kogalymavia, der mit Urlaubern



Syrische Flüchtlinge auf der türkischen Seite der Grenze zu ihrem Heimatland.

Foto: EPA/STR/dpa

vom ägyptischen Ferienort Scharm El Scheich im Südsinai zurück nach St. Petersburg fliegen wollte, am 31. Oktober Opfer eines Bombenanschlages (224 Tote). Im Nordsinai hatten schon

2011 Dschihadisten der Gruppe Ansar Bait al-Maqdis (Unterstützer des „Heiligen Hauses“, gemeint ist Jerusalem) Fuß gefasst, die sich Mitte November 2014 offiziell dem IS angeschlossen hatten. Der neuen IS-Provinz gaben sie den Namen „Wilaja Sina“ (Staat Sinai). Es lag nahe, dass der IS sich zur Täterschaft des Flugzeugabsturzes bekannte.



in den Medien

Straftaten von Flüchtlingen: Dietmar Schilff in der „Hessisch Niedersächsischen Allgemeinen (HNA)“:

„Pressestellen der Polizei haben dafür Regeln, Nationalitäten nur dann zu nennen, wenn sie in einem Sachverhalt eine Rolle spielen. Es gibt keine Anordnung, die Nennung zu unterlassen. Sachen, auch heikle, müssen benannt werden.“

Hessisch Niedersächsische Allgemeine (HNA)

Keine 14 Tage später veröffentlichte das Medienzentrum des IS (al-Hayat Media Center) am 12. November ein Video in russischer Sprache mit englischen Untertiteln, in dem gedroht wurde, Ziele in Russland anzugreifen: „Wir werden den Kaukasus zurückerobern und die Herrschaft der dunklen Mächte nicht noch einmal ermöglichen. Der Kreml wird unser sein, der Ural wird (in unsere Hände) zurückfallen . . . Die russische Stadt (Moskau) wird vor lauter Takbir-Rufe („Allahu Akbar“ – Gott ist größer) zittern . . .“ Nach Angaben des russischen föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) haben bisher rund 7.000 Bürger der früheren Sowjetunion ihre Länder verlassen und sich dem IS in Syrien und dem Irak angeschlossen. Außenminister Sergej Lawrow gab Ende Juli 2015 an, dass über 2.000 IS-Kämpfer aus Russland stammen würden. Nach westlichen Angaben sind 1.700 davon aus Tschetschenien. Die Rückkehr dieser Foreign Fighters in ihre kaukasischen und zentral-asiatischen



TERRORISMUS

Heimatregionen könnte zur Gefahr für die jeweiligen nationalen Sicherheiten werden.

Dschihad-Aufruf gegen den „Feind der Muslime“ China

Etwa 1.200 Chinesen waren auf der Baustelle eines Kraftwerkes bei Samarra im Irak beschäftigt. Beim Vormarsch der IS-Miliz im Norden des Landes Mitte 2014 ließ die chinesische Zentralregierung diese Angestellten eines staatlichen Bau- und Ingenieursunternehmens aus Sicherheitsgründen vorsichtshalber nach Beijing ausfliegen. Schließlich hatte der IS-Führer al-Baghdadi die Volksrepublik als eines der Länder benannt, das die Muslime „gewaltsam ihrer Rechte beraubt“. Die gottlose KP Chinas galt den Dschihadisten als „Feind der Muslime“. Im September 2015 veröffentlichte der IS im Internet Bilder und persönliche Daten eines (zusammen mit einem Norweger) entführten Chinesen und forderte für die Freilassung der Geisel Lösegeld. Beijing kam dem „zeitlich befristeten Angebot“ nicht nach. Mitte

November teilte der IS die Tötung der Geiseln mit.

Nach der mutmaßlichen Ermordung seines Staatsbürgers drohte China an, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Man werde sich allen Formen des Terrorismus widersetzen und resolut gegen alle Terror-Aktivitäten vorgehen. Der IS antwortete Anfang Dezember. Zum ersten Mal postete die Propaganda-Abteilung einen rund vierminütigen Kampfgesang, der in Hochchinesisch (Mandarin) zum Dschihad aufrief: „Wir sind Mudjaheddin /Unser schamloser Feind wird in Panik geraten/Auf dem Schlachtfeld zu sterben/ist unser Traum“. Die VR China mit seinen mehr als 1,3 Milliarden Einwohnern ist auch ein Vielvölkerstaat. Die Bevölkerungszahl der dort lebenden zehn „muslimischen Nationalitäten“ liegt bei über 20 Millionen, was einem Anteil von knapp 20 Prozent aller 55 nationalen Minderheiten beziehungsweise 1,6 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Bei den mehrheitlich in Chinas Nordwesten (Xinjiang) beheimateten nichtchinesischen muslimischen Turk-

völkern (Uiguren, Kasachen, Kirgisen, Tadschiken, Usbeken und Tataren) haben nach Ende des ersten großen Dschihad in Afghanistan 1989, verstärkt nach dem 9/11, „separatistische Tendenzen“ zugenommen. Die muslimischen Hui (rund 10 Millionen) hingegen galten als ethnische Han-Chinesen im Staatsverband mehr oder weniger integriert. Insbesondere auf sie zielt nun die IS-Propaganda. So verzeichnet Beijing seit Längerem eine „beunruhigende Radikalisierung“ unter den Hui. Radikale Uiguren zogen schon ab Mai 2012 in die Dschihadregion Syrien. Die Anzahl der chinesischen Foreign Fighters wurde bereits Ende Dezember 2014 auf rund 300 (Uiguren) geschätzt.

Angriffsdrohung gegen Israel

Ende Dezember 2015 drohte IS-Führer al-Baghdadi in einer Botschaft auch Israel mit Anschlägen, gilt der jüdische Staat doch schlechthin als ultimativer Feind in der Welt der Islamisten: „Wir haben Palästina keine Sekunde lang vergessen.“ Als Kalif

Reise & Erholung



Action mit wasser·c·raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 118,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at



Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50–90 m², für 2–6 Pers., ab 40 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur**. Hausprospekt unter Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66
Machen Sie sich ein Bild unter www.mittelschwarzwald.de
Sie werden begeistert sein!

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 178,- €. Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de



R Ü G E N
... in dem Ostseebad Binz!
2 Pers. 80,- €/Tag
(An- u. Abreise ein Tag)
PKW-Stellplatz / W-Lan kostenlos
1 Theaterbesuch inklusive
Tel. 01 72/9 52 25 35
westphal.greifswald@freenet.de
www.ichbinz.com

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick

Sanatorium Anders Bad Füssing

Niedrigster Tagessatz € 69,00

Beihilfefähig §30 GewO

- Arzt & Behandlung im Haus
- Beh.-Preise nach Beihilfe-VO
- Breites Indikationsspektrum

Rheuma, Schmerzen in Hüfte, Knie, Fuß oder Rücken - wir helfen Ihnen, Ihre Schmerzen zu lindern.

Kostenloses Prospekt:

Tel.: 0 85 31 / 2 40 40

www.KS-Anders.de

SOMMERPAUSCHALE ALL IN ONE

1 Woche Halbpension & Silvrettacard ab € 357,-

Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta gratis, Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour, gef. Wanderungen inklusive! Wellness mit Gartensauna neue Alpinstyle-Zimmer, gratis WLAN & Mountainbikeverleih. Tolles Programm f. Kinder u. Jugend Kinderermäßigungen!

NEU: BADESEE MIT FREIZEITANLAGE





Fam. A. Handl
A-6553 See, Au 164
Tel. +43-5441-8219
www.postsee.at
info@postsee.at





TOP ANGEBOT

1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x UF/Pension DU-WC
Angebot pro Person
nur € 149,-



RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 5252 200 38
info@cankick.at // www.cankick.at



kündigte er Angriffe an: man werde Palästina zu einem „Grab“ für die Israelis machen. Seine Botschaft war die erste seit sieben Monaten, in denen der IS im Irak und in Syrien Rückschläge hinnehmen musste. Da seine Audiobotschaft 24 Minuten dauerte, war noch genug Zeit, um zu einem Aufstand in Saudi-Arabien aufzurufen, Europa und den USA zu drohen und Russland zu warnen.

IS-Terror 2015 außerhalb des IS-Kerngebietes in Nahost

Im nahöstlichen Kriegsgebiet konnte im vergangenen Jahr die Koalition der IS-Bekämpfer die Expansionsdynamik der Kalifatsdschihadisten stoppen. Zuvor eroberte Gebiete musste der IS nach verlorenen Schlachten um die Städte Kobane (Syrien), Tikrit und Ramadi (Irak) wieder räumen. Das US-Institut für militärische Analysen, IHS-Jane's, teilte am 21. Dezember mit, dass die IS-Miliz seit Jahresbeginn 14 Prozent ihres Territoriums im Irak und

in den Medien

Kleiner Waffenschein: Dietmar Schilff zur „Deutschen Presseagentur“ (dpa):

Die Polizei sieht die Entwicklung mit Sorge. „Wir haben da ein Bauchgrummeln.“ Für Polizisten im Einsatz, aber auch für andere Menschen sei oft schwer erkennbar, ob jemand eine scharfe Waffe oder nur eine Schreckschusspistole ziehe, um sich zu schützen. „Es sorgt für eine gewisse Unruhe, wenn immer mehr Waffen unterwegs sind.“

dpa

VORWEG GEHEN



SENIOR EXPERT (M/W)
ERMITTLUNGEN/FORENSICS

FÜR DIE RWE GROUP BUSINESS SERVICES GMBH AM STANDORT ESSEN

Packen Sie tatkräftig mit an in unserem Bereich Konzernsicherheit: Hier führen Sie europaweit Ermittlungen durch und erstellen gerichts feste Ermittlungsberichte. Außerdem bearbeiten Sie umfangreiche Sachverhalte im Bereich der Wirtschafts-, Vermögens- und Eigentumskriminalität. Dafür haben Sie ein einschlägiges Studium abgeschlossen oder eine vergleichbare Qualifikation erworben und verfügen über Berufserfahrung im Bereich der öffentlichen/privaten Sicherheit.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung ausschließlich online unter Angabe des Codes COE-DF15002-E001D. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen sind erwünscht.
RWE Group Business Services GmbH • Verena Arnold • Tel. +49 231 438-3002

Für Ihre Online-Bewerbung und mehr Informationen besuchen Sie uns auf:

VORWEG-GEHER-GESUCHT.DE

Anzeige

Syrien verloren hätte. Ob dieser Verluste rief der irakische Regierungschef an Neujahr schon 2016 zum „Jahr des endgültigen Sieges“ aus – wahrscheinlich verfrüht. In seinen Kerngebieten entlang des Euphrat und rund um die Millionenmetropole Mossul blieb die IS-Herrschaft unangetastet, trotz der mehr als 8.000 Luftschläge, die die US-geführte Anti-IS-Allianz seit September 2014 gegen das Kalifat flog.

Die Geländeverluste von 12.800 Quadratkilometern in Syrien und im Irak egalisierte der IS durch exterritoriale Zugewinne in Ägypten/Nordsinai und in Libyen, in denen sich IS-Provinzen etablierten. Aktiv ist der IS mittlerweile auch im subsaharischen Afrika, nicht zuletzt bekannte sich die dschihadterroristische Boko Haram in Nigeria im März 2015 zum IS, aber auch am Hindukusch, wo das Kalifat in Afghanistan den Taliban Einflussgebiete abringt und inzwischen in mindestens drei Provinzen Gebiete und Macht erobert hat.

IS-Terroranschläge 2015 außerhalb Syriens und des Iraks

Offene Feldschlachten gegen arabische Armeen und US-Bomber mit Verlusten zu schlagen ist die eine Sache, eine andere sind „erfolgreiche“ dschihadterroristische Einzelaktionen. Außerhalb des Iraks und Syriens verübten IS-Einzelkämpfer und Kleinstgruppen, Unterstützer und zum individuellen Dschihad „inspirierte“ Sympathisanten 2015 in mindestens 14 Staaten über 70 Anschläge, durch die rund 1.400 Menschen getötet und zig Tausende verletzt wurden. Zu 90 Prozent richtete sich der externe IS-Terror gegen Menschen in Nordafrika und dem Vorderen Orient, aber auch in Südasien. Anschlagopfer wurden hier insbesondere schiitische „Glaubensabtrünnige“.

So traf es am 20. März im Jemen zwei Moscheen in Saana, in denen 137 schiitische Huthi den Tod fanden und 350 verletzt wurden. Am 26. Juni forderte



TERRORISMUS

ein Anschlag auf eine schiitische Moschee in Kuwait City 27 Menschenleben, 222 wurden verletzt. Am 6. August fanden in Saudi-Arabien in einer Moschee bei Abha 17 Menschen den Tod, 60 wurden verletzt. Last not least wurden am 12. November im Libanon durch IS-Terror in einem Einkaufszentrum eines schiitischen Stadtviertels Beiruts 44 Menschen getötet und 239 verletzt. Terroropfer wurden aber auch Kurden, „erklärte Feinde“ des IS, vornehmlich in der Türkei. Hier verübten im Juni zwei Tage vor der türkischen Parlamentswahl, Unbekannte in der südosttürkischen Kurden-Metropole Diyarbakir einen Sprengstoffanschlag auf eine Veranstaltung der prokurdischen Oppositionspartei HDP, der vier Menschen in den Tod riss. Die türkische Regierung machte den IS dafür verantwortlich. Am 20. Juli riss in Suruc, dem urbanen Nachbarn der nordsyrischen Kurdenstadt Kobane, ein IS-Selbstmordattentäter 32 pro-kurdische Aktivisten mit sich in den Tod. Nicht zuletzt wurden am 11. Oktober am Rande einer von der HDP mitorganisierten regierungskritischen Demonstration in der Hauptstadt Ankara durch einen Terroranschlag 102 Menschen getötet und über 500 verletzt.



Ein Selbstmordattentäter sprengt sich Mitte Januar an einem bei Touristen beliebten Ort in Istanbul in die Luft. Unter den Toten sind auch elf Deutsche. Foto: CITYPRESS24/dpa

Ausländische Touristen im Fokus

Eine weitere Zielgruppe terroristischer

Aktionen stellen ausländische Touristen dar, von deren Tötungen die IS-Dschihadisten sich massive Wirtschaftsschäden in den attackierten Urlaubsländern versprechen. Gleich zwei Mal traf es zum Beispiel Tunesien. Am 18. März in der Hauptstadt Tunis, wo drei bewaffnete Terroristen das Feuer auf touristische Besucher des Bardo-Nationalmuseums eröffneten. Sie erschossen 23 Menschen, darunter 20 Touristen

aus Australien, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kolumbien, Polen und Spanien; 22 weitere Touristen wurden verletzt. Am 26. Juni wurden in der Urlaubsmetropole Sousse am Strand des Hotels Imperial Marhaba 30 Touristen aus Großbritannien und acht weitere aus Belgien, Deutschland, Irland, Portugal und Russland von einem tunesischen IS-Einzelattentäter getötet, weitere 36 wurden verletzt.

Kapitalmarkt

<p>■ Beamten Darlehen 10.000 € - 120.000 €</p> <p>■ Extra günstige Kredite für Sparfüchse</p> <p>■ Umschuldung: Raten bis 50% senken</p> <p>■ Baufinanzierungen gigantisch günstig</p> <p>0800 - 1000 500 Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 35 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p>2,77% effektiver Jahreszins</p> <p>5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PangV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p>www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Planken 68159 Mannheim Fax: (0621) 178180-25 Info@AK-Finanz.de</p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</p> <p>Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttoertrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.</p>
---	---	---	---

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten. Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 145145

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamten Darlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

KREDIT bis € 80.000,-
PECUNIA GmbH seit 1980

einfach – schnell – seriös

ohne Schufa bis € 10.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldsversicherung – bis zum 80. Lebensjahr

Tel. 02 01/22 13 48
45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

www.PolizeiDeinPartner.de





in den Medien

Gewalt gegen Sicherheits- und Rettungskräfte: Arnold Plickert in „Bild“:

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert die Bundesregierung nach den Düsseldorf Vorkommnissen zum Handeln auf. Attacken auf Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte im Einsatz müssten endlich gesondert unter Strafe gestellt werden. „Die Politik redet das Problem immer noch klein.“

Bild

Anschläge gab es jedoch nicht nur im Nahen und Mittleren Osten. Mitte August erfolgte in Dschalalabad der erste IS-Anschlag in Afghanistan, dem weitere mit insgesamt 56 Toten folgten. Erstmals war Ende September auch Bangladesch betroffen. Fünf Anschläge musste das Land am Golf von Bengalen in Dhaka und weiteren Städten hinnehmen. Jedes zehnte der IS-Opfer im vergangenen Jahr starb in Europa, die meisten bei den Attentaten im Januar und im November in Paris.

Der individuelle Dschihad erreichte am 2. Dezember auch die USA, wo ein pakistanischstämmiger US-Bürger zusammen mit seiner Frau in San Bernardino/Kalifornien bei einer Feier von Angestellten der städtischen Gesundheitsbehörde in einem Sozialzentrum 14 Menschen erschossen und weitere 21 verletzten. Der IS erklärte drei Tage später über seinen Radiosender Al-Bajan, „zwei Unterstützer“ hätten den Anschlag verübt. Mit dieser Untat kam der ferne Krieg im US-Wahlkampf an.

IS-Terrortaten in Europa und die Angst der jüdischen Diaspora

Kurz nach seiner Proklamation kündigte das neue Kalifat/IS eine Expansion nach Europa in den nächsten fünf Jahren an. Der Ankündigung folgten ab Januar 2015 Anschläge in Frankreich, Dänemark, Belgien, Bosnien und Großbritannien, die bis Jahresende über 150 Menschen den Tod brachten. In seiner letzten Audiobotschaft Ende Dezember drohte der IS-Führer erneut und Europa sah sich bedroht. Zählte man allein die von den EU-Staaten genannten „Gefährder“ zusammen, kam man auf rund 4.000, von denen aber nur die Hälfte bei EUROPOL gelistet war.

Zur Bedrohungslage Europas 2015: In Spanien waren über Monate dutzende mutmaßlicher IS-Rekrutierer verhaftet worden. Im Dezember wurden in Schweden zwei IS-Unterstützer wegen Mordbeteiligung in Syrien zu lebenslanger Haft verurteilt. In Frankreich wurden geplante Angriffe auf Einrichtungen von Militär, Gendarmerie und Polizei verhindert. Seit der Verhängung

des Ausnahmezustands nach den Pariser Attentaten gab es laut Innen- und Justizministerium bis zum Jahresende fast 3.000 Razzien im Lande, die zu 500 Verfahren, fast 400 Hausarresten sowie über 50 Inhaftierungen geführt hatten. In den Tagen vor Weihnachten war in Österreich eine Warnung für mehrere europäische Hauptstädte eingegangen, nach der es „an belebten Orten zwischen Weihnachten und Neujahr zu möglichen Sprengstoffattentaten oder Schießereien“ kommen könnte. Wien verstärkte die Sicherheitsvorkehrungen und gab die Warnung weiter. Unter Berufung auf türkische Regierungsvertreter meldete nach Neujahr die Zeitung „Hürriyet Daily News“, dass der IS in der Silvesternacht Simultan-Anschläge in sechs europäischen Städten geplant und der Geheimdienst MIT die europäischen Partner in Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich und Großbritannien rechtzeitig gewarnt hätte. Wie dem auch sei, in Brüssel teilte die Staatsanwaltschaft am 29. Dezember mit, dass die Sicherheitsbehörden mehrere Terroranschläge verhindert hätten, die IS-Sympathisanten für die Silvesternacht an „symbolischen Orten“ der Hauptstadt geplant hatten. Belgische Medien meldeten am selben Tag „konkrete Drohungen“ gegen das in Brüssels historischer Innenstadt gelegene Generalkommissariat der Polizei. Vor diesen Hintergründen wurden die Feierlichkeiten zum Jahreswechsel abgesagt. Auch in Paris fiel das Feuerwerk im Angesicht der Terrorgefahr aus. Erst sechs Wochen zuvor war es dort zum bis dahin größten Anschlag gekommen, bei dem 130 Menschen getötet und über 350 verletzt worden waren. Wie schon andere Terroranschläge zuvor

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

Wir helfen denen, die helfen...

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

Unser Behandlungskonzept ist ganzheitlich und geht davon aus, dass sich Körper, Seele und Geist wechselseitig beeinflussen. Entsprechend stimmen wir unsere Therapien individuell auf Ihre Bedürfnisse ab und bieten Ihnen Gespräche, Körper- und Gestalttherapien, Entspannungsverfahren, Stressmanagement, Imagination, Meditation und sportliche Aktivitäten an.

Wir unterstützen Sie dabei wieder Zugang zu Ihren Fähigkeiten, Stärken und Ressourcen zu finden und diese für Ihren Heilungsprozess nutzbar zu machen.

Kostenträger:
Private Krankenversicherer, Beihilfe, Polizei, Bundeswehr, Krankenkassen

Spezielle Behandlungskonzepte für

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus-Schwindel und Lärmschäden
- Depressive Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumafolgestörung
- Onkologische und internistische Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



hinterließ auch dieser eine nicht zu übersehende antisemitische Spur.

Anschlag auf „Charlie Hebdo“ – Attacken auf das jüdische Leben

Der Tag vor der Wahl zum Europaparlament wurde zum schlechten Omen. An diesem 24. Mai 2014 hatte ein junger Francoalgerier, der zuvor in Syrien für den ISIS gekämpft hatte, im Jüdischen Museum in Brüssels Innenstadt zwei israelische Touristen aus Tel Aviv und zwei Museumsmitarbeiter getötet. Keine acht Monate später verübten in einer zweieinhalb Tage dauernden Terrorwelle vom 7. bis 9. Januar 2015 drei französische Dschihadisten im Großraum Paris Mordanschläge, töteten insgesamt 17 ihrer Landsleute, 14 Zivilisten (insbesondere Mitarbeiter der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“) und drei Polizisten. Vier der zivilen Opfer waren jüdische Bürger, die von einem malisch-stämmigen IS-Terroristen in einem koscheren Supermarkt erschossen wurden. Weitere jüdische Kunden hatte dieser hier als Geiseln genommen und mit dem Tode bedroht. Nach der Neutralisierung des Geiselnehmers sprach Präsident Francois Hollande am Abend in einer live ausgestrahlten TV-Rede von einem antisemitischen Akt. Eine Spur des Attentäters im jüdischen Lebensmittelgeschäft schien in das ostbelgische Verviers zu führen, wo es keine Woche später zu einem Anti-Terror-Einsatz der Polizei gegen Dschihadisten kam. In der Folge blieben am 16. Januar 2015 die jüdischen Schulen in Antwerpen und Brüssel geschlossen. Nur vier Wochen später attackierte ein dänischer IS-Sympathisant mit palästinensischen Wurzeln Mitte Februar nach dem „Anschlagsmodell Paris“ in Kopenhagen erst ein Kulturhaus, dann eine Synagoge, vor der er einen jüdischen Wachmann erschoss und weitere Polizisten verletzte. Im südfranzösischen Marseille wurde Monate später ein Lehrer einer jüdischen Schule Opfer einer Messerattacke eines IS-Unterstützers.

Kreuzfahrer und Juden sind irgendwo sicher

Zuvor hatte sich der Islamische Staat am 14. November, einen Tag nach seinem Anschlag „im Herzen von Paris“, zur „Bestrafung der ganzen Kreuzfahrer-Nation Frankreich“ bekannt. Die

meisten Opfer hatte es mit 90 Toten in der Konzerthalle „Bataclan“ gegeben, in der die US-Rockgruppe Eagles of Death Metal gespielt hatte. Die Band hatte erst im Juli ein Konzert in Tel Aviv gegeben und machte aus ihrer Israelfreundlichkeit keinen Hehl. Über Jahre hatten im Bataclan jüdische Gruppen für den israelischen Grenzschutz Magav Spenden gesammelt. Der Club, der im letzten Jahr noch jüdische Besitzer hatte, war seit Langem von antiisraelischen und antisemitischen Gruppen beschimpft und bedroht worden. Nicht nur in Frankreich, auch bei den britischen Juden insbesondere in London wuchs die Terrorangst. Hier leben im Stadtteil Hackney 30.000 orthodoxe Juden, deren Gemeinden inzwischen eigene Bürgerwehren gegründet haben sollen.

Die Terrorattacken auf jüdische Ziele in Frankreich, Dänemark und Belgien verunsicherten auch die Schweizer Juden. Der Staat, kritisierte der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG), Herbert Winter, Anfang Dezember, nehme seine Schutzpflicht gegenüber den Juden nicht ausreichend wahr. Seine Sorgen werden durch den Flüchtlingsexodus aus Nahost verstärkt, da „manche Flüchtlinge aus Ländern kommen, wo Judenhass weit verbreitet ist“. Diese Sorgen teilt auch der Zentralrat der Juden in Deutschland, dessen Präsident Josef Schuster eine mögliche Zunahme von Antisemitismus durch Flüchtlinge aus dem arabischen Raum nicht auszuschließen vermag. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel letztes Jahr den Abraham-Geiger-Preis entgegennahm, sagte sie Vertretern der Jüdischen Gemeinde, dass sie deren Furcht vor Antisemitismus sehr ernst nehme. Für Flüchtlinge, die aus Ländern kämen, „in denen Antisemitismus und Hass auf Israel Teil des öffentlichen Lebens sind und von Kindesbeinen an vermittelt werden“, gälte dies auch.

Die Drohung des IS – Flüchtlingsexodus und Sicherheitsrisiken

Im Juli 2014 hatte die IS-Führung eine Expansion nach Europa in den nächsten fünf Jahren angekündigt. Als Flüchtlinge getarnt könnten eingesickerte IS-Kämpfer dort früher oder später Anschläge begehen (siehe DP

11/14). Über längere Zeit wurde diese Drohung, dass sich Attentäter des IS unter den Einwandererstrom mischten, sicherheitspolitisch mehr als „abstrakte Möglichkeit“ behandelt, insbesondere in Deutschland. Hier lagen dafür ganz konkret den Verfassungsschutzorganen Erkenntnisse vor, nach denen Moscheevereine, Hilfsorganisationen und Einzelpersonen aus dem islamistisch-salafistischen Spektrum Kontakte zu Flüchtlingen suchten, um insbesondere unbegleitete Jugendliche als potenzielle Kämpfer zu gewinnen. So erstellte der Verfassungsschutz der Berliner Senatsinnenverwaltung erst Anfang November eine Handreichung zu „Aktivitäten islamistischer Akteure im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation“.

In der Beschreibung der Gefahrenlage war die Politik darauf bedacht, die Flüchtlingskrise und die Terrorgefahr nicht miteinander zu vermischen. Im Sinne der Political-Correctness verbat man sich dies selbst nach der schlimmsten Terrorserie in der Geschichte Frankreichs. Hier hatten am 13. November, in ihrer Vorgehensweise am Terrorakt im indischen Mumbai Ende November 2008 orientiert, mindestens sieben in drei Kleinstgruppen aufgeteilte Terroristen ein halbes Dutzend Cafés und Restaurants der Pariser Bistrotterrassen und eine Konzerthalle angegriffen und 130 Menschen aus 19 Nationen getötet. Mindestens zwei der beteiligten IS-Terroristen waren, so der heutige Kenntnisstand, mit gefälschten Reisedokumenten über die Flüchtlingsrouten in die Europäische Union (EU) eingereist. Von Griechenland aus waren sie über den Balkan nach Frankreich gekommen.

Blanko-Pässe

Schon vor einem Jahr war bekannt geworden, dass dem IS im ostsyrischen Rakka rund 3.800 syrische Blanko-Pässe und etwas später 200 irakische Reisedokumente in Mossul in die Hände gefallen waren, deren Nummern die Bundespolizei schon um die Jahreswende 2014/15 in das Schengener Informationssystem eingepflegt hatte. Unter den registrierten Papieren befanden sich auch die Reisepässe von zwei Paris-Attentätern, die sich am 3. Oktober auf der griechischen Insel Leros registrieren ließen. Weit



mehr echte Dokumente, wohl über 10.000, waren dem IS wahrscheinlich in Libyen in die Hände gefallen. Erbeutet wurden auch Maschinen zur Produktion von Ausweisdokumenten. Die Leitung der Grenzschutzbehörde Frontex machte im Dezember auf die Gefahr aufmerksam, dass der IS diese echten Personalpapiere auf dem Schwarzmarkt verkaufen, aber auch zur Einschleusung von Terroristen in die EU nutzen würde. Die unkontrollierte Einreise von zig Tausenden Menschen nach Europa, so Frontex, stelle ein Sicherheitsrisiko dar. Dies gilt auch für Deutschland, wo allein im vergangenen Jahr der Flüchtlingszuzug gut eine Million Menschen ins Land brachte.

Deutschland 2015 – ein Jahr voller Terrorwarnungen

Es gab wohl engere Verbindungen zwischen deutschen IS-Dschihadisten und den größtenteils aus Belgien stammenden Paris-Attentätern, als bis Ende letzten Jahres angenommen. Nicht zuletzt sollen Deutsche in Nahost in von Belgiern geführten IS-Einheiten gekämpft haben. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gab Ende Dezember die Zahl der Dschihadisten, die aus Deutschland in den Krieg nach Syrien gezogen waren, mit 780 (Dezember 2014: 500 - 600) an. Etwa ein Drittel war bis Jahresende nach Deutschland zurückgekehrt, 130 hatten in Nahost ihr Leben verloren.

Nicht wenige Rückkehrer gelten ob ihrer Kampferfahrung und radikalen Gesinnung als Sicherheitsrisiko. Sie treffen in Deutschland auf eine Sala-

festenszene, die allein von Dezember 2014 bis Januar 2016 von 7.000 auf 8.350 Personen angewachsen ist. Die Gefährdungslage Deutschlands schien nach den ersten Pariser Terroranschlägen Anfang 2015 bedrohlicher. So wurde noch im Anschlagmonat Januar eine Pegida-Demonstration in Dresden verboten. Ob der zu erwartenden Islamfeindlichkeit hatten im Vorfeld Salafisten mit Störungen gedroht. Im Februar sagte die Braunschweiger Polizei den geplanten Karnevalsumzug „Schoduvel“ wegen einer Terrorwarnung ab. Ende April war ein türkisches Ehepaar wegen des Verdachts eines Terroranschlag vorzubereiten festgenommen worden. In der Folge wurde ein für den 1. Mai geplantes Radrennen rund um Frankfurt/Main abgesagt. Nach dem Terroranschlag in Paris am 13. November sollte vier Tage später das Fußball-Länderspiel Deutschland-Niederlande in Hannover zur Solidaritätsveranstaltung mit Frankreich gegen den Terror werden. Doch tags zuvor sollen aus Israel ernst zu nehmende Warnungen vor einem Terroranschlag im Fußballstadion gekommen sein. Am Spieltag reichte der israelische Geheimdienst zusätzliche Einzelheiten nach. Vor diesem Hintergrund wurde die Bedrohung als so akut eingestuft, dass die Begegnung kurzfristig abgesagt und das Stadion wegen einer unmittelbar bestehenden Gefahr geräumt wurde. Die Israelis hatten den genauen Ablauf des Attentatsplans enttarnen und konkrete Zeiten und Ziele nennen können.

Last not least gab es, wie seinerzeit im Februar in Bremen, zum Jahreswechsel Terroralarm in der bayerischen

Landeshauptstadt. Am Silvesterabend hatten die Sicherheitsbehörden Hinweise auf geplante Anschläge auf die Münchener Fernbahnhöfe bekommen. In der Folge wurde der Hauptbahnhof und der Bahnhof München-Pasing geräumt und gesperrt. Über Twitter warnte die Polizei über die Terrorgefahr auf Deutsch, Englisch, Italienisch, Französisch, Polnisch und Türkisch. Die Quelle für den Warnhinweis soll ein Iraker gewesen sein, der von fünf bis sieben Selbstmordattentätern aus Syrien und dem Irak gesprochen hatte. Nach Neujahr sah die Polizei für die Landeshauptstadt nur noch eine „abstrakte“ Anschlaggefahr. Ob es nun dieser irakische Insider, der französische oder türkische Auslandsnachrichtendienst, oder vielleicht gar eine gezielte Falschinformation des IS war, bleibt wohl ungewiss. Gewiss hingegen ist, dass Deutschland im Zielspektrum des IS ist und bleiben wird. So traf ein Terroranschlag auf Touristen in Istanbul am 12. Januar im Stadtteil Sultanahmet eine Reisegruppe aus der Bundesrepublik. Ein IS-Selbstmordattentäter riss elf Deutsche in den Tod. Nach Hinweisen des algerischen Nachrichtendienstes verhinderten in Deutschland Verfassungsschutz und Polizei keine vier Wochen später durch frühzeitiges Eingreifen möglicherweise einen Terroranschlag in Berlin. Am 4. Februar wurden in der Hauptstadt, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen mutmaßliche Mitglieder einer algerischen Islamistenzelle wegen des Verdachts der Planung eines Anschlages am „Checkpoint Charlie“ festgenommen. Den Auftrag dazu sollen Milizenführer des IS in Syrien gegeben haben.

Anzeige



Das St. Franziska-Stift ist eine Einrichtung der ctt Reha-Fachkliniken GmbH.

Das Leben in heilsame Bewegung bringen.

Der Polizeidienst: Heute ein Berufsfeld, in dem Menschen bis an ihre Grenzen gefordert werden. Stress und Belastungen reichen weit ins private Leben hinein, ernsthafte psychische und psychosomatische Beschwerden sind die Folge.

Zeit, dagegen etwas zu tun – mit gezielter Bewegung und professioneller Betreuung. Und mit unserer Hilfe.



ctt
Reha-Fachkliniken
GmbH

Psychosomatische Fachklinik St. Franziska-Stift
Franziska-Puricelli-Str. 3 · 55543 Bad Kreuznach
Telefon: 0671 8820-0 · Telefax: 0671 8820-190
st.-franziska-stift@fskh.de · www.franziska-stift.de



**SCHLIESS AB!
SICHER IST SICHER**



www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**POLIZEI
DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps
hierzu auf dem **Präventionsportal**
der Gewerkschaft der Polizei

Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 0,7 % p. a.*



- kostenfreies Internet-Konto DKB-Cash
- weltweit kostenfrei Bargeld abheben an Geldautomaten

mit der GdP-VISA-Card
mit der GdP-VISA-Card

*variabel, monatliche Zinsgutschrift, Zinssatz von 0,7 % p.a. gilt für einen Betrag bis 300.000 €. Bei einem diesen Betrag übersteigenden Guthaben wird der Anteil über 300.000 € mit 0,3 % p.a. verzinst.

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte

Falsche Zukunftsprognosen

Einwanderung und Demografie

Von Thomas Gesterkamp

Die Flüchtlingsmigration wirft frühere Voraussagen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung über den Haufen. Doch die offizielle Demografieforschung ignoriert das bisher. Mindestens eine Million Flüchtlinge sind im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen. Andere Schätzungen gehen wegen der teilweise lückenhaften Erfassung der Einwanderer von noch weit höheren Zahlen aus. Das lässt die alarmistischen demografischen Prognosen der Vergangenheit fragwürdig erscheinen.

Werden in ein paar Jahrzehnten tatsächlich nur noch 60 statt über 80 Millionen Menschen in Deutschland leben? Werden künftig ganze Wohnviertel leer stehen, Dörfer sich auflösen, wie manche Voraussagen einst behauptet haben? Mittlerweile zeichnet sich, bei aller Spekulationsgefahr, ein ganz anderer Trend ab: Diese Annahmen waren falsch – und viel zu pessimistisch.

Erneute Völkerwanderung

Ein „neues Zeitalter der Völkerwanderung hat begonnen“, heißt es in der Debattenzeitschrift „Berliner Republik“, „und niemand soll glauben, dass es sich bei dem Exodus um ein temporäres Phänomen handelt“. Die Migration, im Vergleich zu Geburts- und Sterberaten stets der schwierigste Teil demografischer Projektionen, wurde in den bisherigen Szenarien deutlich zu niedrig angesetzt. Die turbulente Entwicklung der vergangenen Monate hat dies eindrucksvoll belegt. Und ein Ende der Fluchtbewegungen ist auch 2016 nicht abzusehen, ganz im Gegenteil.

Einwanderung als Dauerzustand?

Weil anerkannte Asylbewerber nach bisheriger Rechtslage einen Familiennachzug naher Angehöriger beantragen können, ist mit zusätzlichen Neuankömmlingen zu rechnen. Zudem wirkt langfristig der sogenannte „youth bulge“, zu Deutsch Jugendüberhang, wie ihn die Demografen bezeichnen: Der überdurchschnittlich hohe Anteil von Jugendlichen und jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung vor allem in Afrika und im Nahen Osten korrespondiert dort mit Unterbeschäftigung und fehlenden Jobs. Auch das lässt erwarten, dass die (versuchte) Einwan-



Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) auf dem Strategiekongress „Demografie – Wohlstand für alle Generationen?“ in Berlin im September 2015. Foto: Wolfgang Kumm/dpa

derung nach Europa in den nächsten Jahrzehnten zum Dauerzustand wird.

Problem „Überalterung“

Bevölkerungsprognosen sind nie eindeutig, wissenschaftlich objektiv und wertfrei. Im Gegenteil: Hinter den Voraussagen stecken häufig handfeste ökonomische Interessen. Die regelmäßige Klage über eine „Überalterung“ der Gesellschaft zum Beispiel lag stets im Interesse der Versicherungswirtschaft, die mit den dadurch ausgelösten Ängsten zur „privaten Vorsorge“ aufrief, Lebensversicherungen oder „Riester-Renten“ verkaufen wollte. Bei den von den Medien präsentierten „Experten“ zum Thema ist stets zu hinterfragen, wer diese finanziert, ob sie wirklich unabhängig sind oder als Lobbyisten von Interessengruppen agieren.

Fachkräfte von morgen

Auffällig positiv haben bisher große Teile der Wirtschaft auf die anhaltende

Migration reagiert. Die Arbeitgeber betrachten die überwiegend sehr jungen Flüchtlinge, deren Durchschnittsalter 25 Jahre beträgt, als die Fachkräfte von morgen. Vielen Neuankömmlingen fehlen allerdings die Qualifikationen für die nachgefragten Berufe, darauf weisen die Gewerkschaften hin. In einem Beschluss vom 2. Dezember 2015 fordert der DGB-Bundesvorstand für die Geflüchteten einen „gleichrangigen Zugang zu Bildung, Berufsausbildung und zu den Förderinstrumenten unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status oder Herkunftsland“. Vorrangig seien vor allem „zusätzliche Bundesmittel für be-

rufsbezogene Sprachförderung“.

Entvölkerung

Die Mehrheit der Einwanderer, das zeichnet sich bei aller Unsicherheit jedweder Prophezeiung ab, wird dauerhaft in Deutschland bleiben. Im weltweiten

Anzeige



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %

Informieren Sie sich! % % %

Telefon: (02207) 76 77 % %

www.fahrzeugkauf.com



STEUERFIBEL

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Von **M. Brenning, H. R. Brenning** und **D. Stepp**.



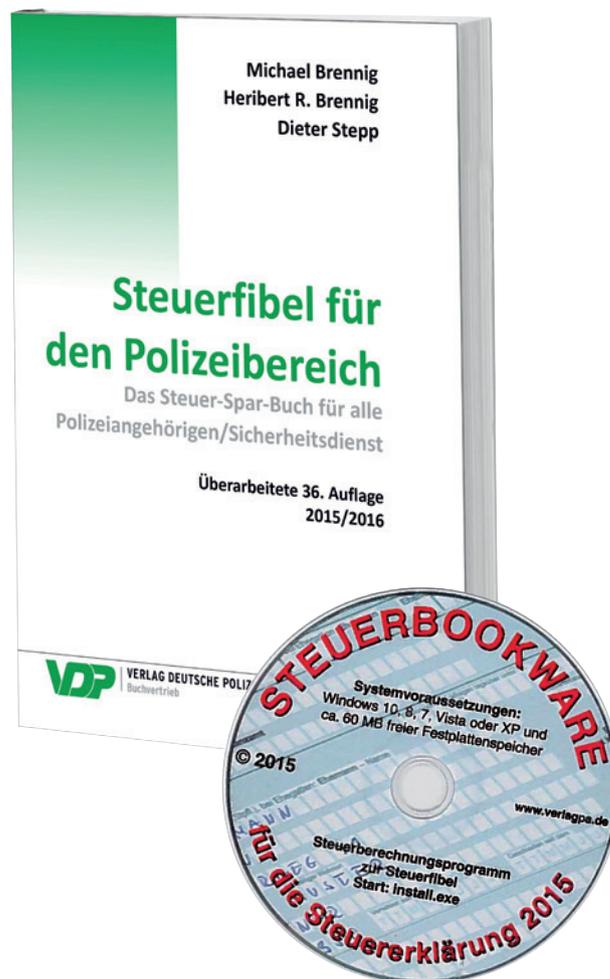
Format: DIN A 5, Broschur

Umfang: 264 Seiten

Preis: 10,15 € [D]

Die Steuererklärung – eine lästige Aufgabe, der man aber gerne nachkommt, wenn es sich am Ende „auszahlt“.

Eine unverzichtbare Hilfe ist hier die Steuerfibel für Polizeibeamte. Sie ist speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeianghörige immer wieder konfrontiert werden. Der Leser findet hier neben einer programmierten Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommensteuer-Erklärung über 500 Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile, die sich im wahrsten Sinne des Wortes schnell „bezahlt“ machen.



36. Auflage 2015/2016

Steuerfibel + CD-ROM

Paketpreis: 19,80 € [D]

Steuerbookware für den Polizeibereich

Die Steuerfibel für den Polizeidienst inklusive Steuer-Software auf CD-ROM (Für Windows XP/Vista/7/8)

Wenn Sie schon vorher wissen möchten, was „Vater Staat“ an Sie zurückzahlt – die Steuerbookware ist die richtige Lösung!

DIE AUTOREN

Michael Brenning, Diplom-Betriebswirt (FH), Steuerberater.

Dr. Heribert R. Brenning, M. A., Industriekaufmann, Verwaltungsangestellter, Geisteswissenschaftliches Hochschulstudium.

Dieter Stepp, Beratungsstellenleiter des Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e. V. (Steuerring).



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Maßstab betrachtet war es schon immer eine irritierende Vorstellung, dass sich ein derart reicher Staat mit einer – trotz mancher Mängel im Detail – hervorragenden Infrastruktur „entvölkern“ könnte. Die deutsche Demografieforschung hat den Faktor Migration stets kleingerechnet und einen falschen Alarmissimus über sinkende Bevölkerungszahlen befördert.

Abwehreffekte

Die „Flüchtlingskrise“, schreiben die Soziologen Stephan Lessenich und Reinhard Messerschmidt in einem Essay der „Süddeutschen Zeitung“, sei „in Wahrheit eine Krise der herrschenden Migrationspolitik“ und offenbare „Abwehreffekte und Bewahrungseffekte aller Art“. Hier äußere sich der „mal hilflose, mal machtvolle Wunsch, das alles so bleiben möge, wie es ist – beziehungsweise wieder so werde wie früher, als die Welt angeblich noch in Ordnung war“. Die Behauptung, Deutschland sei kein Einwanderungsland, „gehörte noch zum hiesigen Regierungserklärungsrepertoire, als sich die Leute an den Stammtischen des Ruhrgebiets, in den Fußgängerzonen Frankfurts oder Offenbachs und in den Betriebshallen in Mannheim und München über die Weltfremdheit ihres politischen Führungspersonals bestenfalls noch amüsieren konnten“.

Fehlende Einsicht

Die fehlende Einsicht, es dauerhaft mit Zuwanderung zu tun zu haben, prägt nicht nur die Politik, sondern auch die Forschung. Das Statistische Bundesamt zum Beispiel signalisiert trotz unruhiger Zeiten Berechenbarkeit und Sachlichkeit. Unbeeindruckt von den Flüchtlingsrekorden behauptet die Behörde, die langfristige Entwicklung der Einwohnerzahlen sei „gut und verlässlich“ abschätzbar. Selbst die jüngste Bevölkerungsprojektion geht beim Faktor Migration davon aus, es bleibe alles beim Alten. Zwar können die amtlichen Demografen die letzten offiziell bestätigten Daten, die (vergleichsweise moderate) Nettoeinwanderung von rund 550.000 Menschen im Jahr 2014, nicht komplett ignorieren. Aber sie erklärt das Phänomen kurzerhand zum statistischen Ausreißer.

Absurde Rechnung

Der deutsche Wanderungssaldo, so

konstatierten die staatlichen Forscher noch im April 2015, werde sich bis zum Jahr 2020 „schrittweise“ auf einen Wert zwischen 100.000 und 200.000 Menschen verringern. Eine Rechnung, die angesichts der aktuellen Entwicklung nur noch absurd anmutet. „Willkommen im 21. Jahrhundert!“ formulieren ironisch die Demografie-Kritiker

Lessenich und Messerschmidt. Denn die Wohlstandinsel Deutschland ist längst Teil einer globalen Normalität, die in vielen Regionen der Welt von Armut, Vertreibung und Krieg geprägt ist. Höchste Zeit, dass dies auch die amtlichen Prognostiker zur Kenntnis nehmen und mit realistischen Zahlen kalkulieren.

VERKEHRSGERICHTSTAG

Im Fokus der Experten: Blut, Videos und der „Idiotentest“

Von Ewald Ternig

Der Deutsche Verkehrsgerichtstag (VGT) im niedersächsischen Goslar ist traditionell mit seinen fast 2.000 Teilnehmern eine der bedeutendsten Veranstaltungen der deutschen Akademie für Verkehrswissenschaft e.V. Die bei seiner 54. Auflage Ende Januar in Goslar versammelten Experten beschäftigten sich in acht Arbeitskreisen erneut mit aktuellen verkehrsrechtlichen Themen. Oft mündeten die VGT-Empfehlungen in Verkehrssetzung. Für die Polizei waren vor allem die vier Arbeitskreise zu modernen Messmethoden bei Verkehrsstraftaten unter Alkoholeinfluss, zum Unfall-Videobeweis per Dashcam, zur Messtechnik bei Überwachungsgeräten und zur medizinisch-psychologische Untersuchung (MPU) von übergeordneter Bedeutung.

Der Arbeitskreis (AK) I unter der bewährten Leitung von Jürgen Cierniak, Richter am Bundesgerichtshof (BGH), beleuchtete das Thema: „Moderne Messmethoden“ und Blutentnahme im Verkehrsstrafrecht. Warum sich nach 2009 wieder ein AK dieser Thematik annahm, lag am Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung: Darin ist zu lesen: „Bei Verkehrsdelikten streben wir an, zur Bestimmung der Blutalkoholkonzentration auf körperliche Eingriffe zugunsten moderner Messmethoden zu verzichten.“ In der AK-Ankündigung fand man unterdessen folgende interessante Formulierung zu diesem Ausschnitt der Vereinbarung: „Diese Aussage im Koalitionsvertrag legt die Vermutung nahe, der Atemalkoholanalyse – wenngleich diese keine Blutalkoholkonzentration bestimmt – solle (endlich?) der Weg in das Verkehrsstrafrecht geebnet werden. Ist die Zeit reif für die Einführung der Atemalkoholanalyse in das Verkehrsstrafrecht?“ Weiter hieß es, dass der Arbeitskreis 2009 weitere umfassende Forschungsarbeit unter Einbeziehung der Rechtsmedizin, der Justiz und der



Foto: Julian Stratenstuhle/dpa

Polizei empfahl. Ist man sieben Jahre später viel weiter?

Es war somit für die Polizei von besonderer Bedeutung, ob das für die Paragraphen 24 a und 24 c Straßenverkehrsgesetz (StVG) schon lange eingesetzte Evidential (Beweismittel) auch im



Verkehrsstrafrecht Anwendung findet, um die „absolute“ Fahrunsicherheit nachzuweisen. Im Rahmen der relativen Fahrunsicherheit wurde es schon als Beweismittel genutzt. Nicht weniger wichtig ist jedoch, ob Paragraph 81 a Strafprozessordnung (StPO) geändert werden soll.

Im Gesetzestext und der Rechtsprechung wird gefordert, dass nur der Richter, bei Gefahr im Verzuge auch die Staatsanwaltschaft und erst nachrangig ihre Ermittlungspersonen, den Eingriff der Blutentnahme anordnen dürfen. Wichtig ist, dass die Bestimmung auch dafür geeignet ist, die Freiheit der Person für die Entnahme einzuschränken. Liegt somit Gefahr im Verzuge nicht schon dann vor, wenn die Person mit zur Dienststelle zu nehmen ist? Muss danach immer noch ein Richter verständigt werden? Diese Frage greift die Rechtsprechung selten auf.

Staatsanwalt statt Richter?

Eine Expertenkommission der Bundesregierung schlägt vor, einen Staatsanwalt anstelle des Richters die Blutentnahme anordnen zu lassen. Ist dies notwendig, oder kann dies nicht

„Die Messung des Atemalkoholwertes könnte das beweissichere Feststellen des Alkoholkonsums im Bereich der Verkehrsstraftaten wesentlich vereinfachen. Darauf wird die Polizei nun wiederum warten müssen“, sagte der für Verkehrspolitik zuständige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Arnold Plickert in einer Presseerklärung nach Abschluss des Verkehrsgerichtstages. Immerhin hätten die Experten die Bundesregierung aufgefordert, entsprechende Forschungsvorhaben zu vergeben. Zu begrüßen sei, dass der seit Jahren in der GdP-Kritik stehende Richtervorbehalt bei Blutentnahmen offenbar immer mehr auf der Kippe stehe. Alkoholverzicht am Steuer sei jedoch „gelebte Unfallprävention“, betonte er.

Als erfreulich wertete der GdP-Vize die Empfehlung, klare gesetzliche Regelungen für das Verwenden von Dashcam-Videos zur Unfallrekonstruktion zu schaffen. Da viele Fahrzeuge rollende Datenspeicher seien, wäre darüber hinaus eine gesetzliche Regelung wichtig, um über das Auslesen der Daten den Unfallverursacher schneller feststellen zu können, forderte Plickert. **mzo**

auch direkt durch die Ermittlungsperson der Staatsanwaltschaft erfolgen? In der Februar-Ausgabe von DEUTSCHE POLIZEI hatten zum Thema Atemalkoholanalyse Peter Schlanstein und Melanie Glandorf umfassend die Problematik dargestellt. Bei den Diskussionen in Goslar kamen auch die darin genannten Inhalte zur Sprache. Nahezu einstimmig wurde empfohlen, dass der Richtervorbehalt in Paragraph 81 a Abs. 2 StPO zu streichen und eine originäre Anordnungscompetenz der Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft zu schaffen sei. Wird dies umgesetzt, kann die Polizei einen großen Erfolg aus diesem Arbeitskreis mitnehmen.

Es wurde zur Atemalkoholanalyse aber auch festgestellt, dass in Ermangelung hinreichender wissenschaftlicher Erkenntnisse diese gegenwärtig kein ausreichendes Beweismittel zur Feststellung „absoluter“ Fahrunsicherheit im deutschen Verkehrsstrafrecht ist, allerdings kann es ein geeignetes Beweismittel im Rahmen der relativen Fahrunsicherheit sein. Dies würde bedeuten, dass bei der Feststellung unverrückbarer Beweisanzeichen auf eine Blutentnahme verzichtet werden könne. Allerdings müsste der dann Beschuldigte die notwendige Beatmung des Gerätes freiwillig durchführen. Eine Änderung der Verwaltungsvorschrift (VwV) zur Feststellung von Alkohol-, Medikamenten- und Drogeneinfluss ... bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten wäre dann aber die notwendige Folge. Bisher ist daraus zu entnehmen, dass bei Personen, die ausschließlich verdächtig sind, eine vorsätzliche oder fahrlässige Verkehrsordnungswidrigkeit nach Paragraph 24 a Abs. 1 oder Abs. 3 StVG begangen zu haben, entsprechend Nummer 3.3.1 statt der körperlichen Untersuchung und Blutentnahme eine Atemalkoholmessung (Nummer 2.1) durchgeführt werden kann (Ziffer 3.1.2).

Bündel an Forschungsaufträgen

Der Arbeitskreis forderte die Bundesregierung auf, vor dem Hintergrund vorhandener und laufender Studien zur Erforschung insbesondere nachfolgender Themen folgende Forschungsaufträge zu erteilen:

- Begründung eines Grenzwertes für die AAK (Atemalkoholkonzentration) zur Feststellung der „absoluten“ Fahrunsicherheit



DP-Autor Ewald Ternig ist Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz.

Foto: privat

- Möglichkeit einer Rückrechnung der AAK auf den Tatzeitpunkt
- Ermittlung der erforderlichen Wartezeit für die Bestimmung der AAK bei Verdacht auf höhere Alkoholkonzentrationen
- Überprüfung der Plausibilität von Trinkmengenangaben.

Darüber hinaus will der Arbeitskreis mit seiner Empfehlung an die Politik, die Entwicklung weniger invasiver „moderner Messmethoden“ zur Bestimmung der Blutalkoholkonzentration (BAK) fördern. Im Verlauf der Diskussionen wurde ein Verfahren vorgestellt, mit dem mittels eines Tropfen Blutes aus dem Ohrläppchen oder Finger die BAK nachgewiesen werden kann. Es handelt sich dabei um das NMR-Verfahren. NMR steht für Nuclear Magnetic Resonance und meint im Deutschen die Kernspinresonanzspektroskopie.

Wird die Messsicherheit ausverkauft?

Der Arbeitskreis V erörterte geeichte Messgeräte. Diese sind aus der polizeilichen Arbeit nicht mehr wegzudenken. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) führte bisher im hoheitlichen Auftrag Bauartzulassungsprüfungen der Verkehrsmessgeräte durch. Man kam somit bei Verkehrsüberwachungsmaßnahmen mit geeichten Geräten zu Werten, die auf einem standardisierten Messverfahren beruhen.

„Mit Inkrafttreten des neuen Mess- und Eichgesetzes am 1. Januar 2015 wurden die Regeln für das Inverkehrbringen von Messgeräten europarechtlich harmonisiert. Die Prüfung der Bauartzulassung erfolgt nunmehr durch privatrechtliche Dienstleistung. ... Der Arbeitskreis wird sich unter anderem mit den praktischen Konsequenzen für Form, Inhalt und Umfang der bereits von der PTB durchgeführten Konformitätsbewertungen und mit der Gleichwertigkeit ausländischer An-



erkenntnisse befassen“, hieß es laut einer Presseerklärung vor dem Verkehrsgerichtstag zu dem Arbeitskreis.

Der AK kam unter anderem zu folgenden Empfehlungen: Beim Inverkehrbringen neuer oder veränderter Geschwindigkeitsmessgeräte ist die Rechtsprechung zum „standardisierten Messverfahren“ vorerst nicht anzuwenden. Ferner soll es bundeseinheitliche, ausführliche Messprotokolle geben. Die verbindlichen Vorgaben müssen Bestandteil der Gebrauchsanweisung werden. Der Gesetzgeber müsse sicherzustellen, dass alle für die Überprüfung des Messergebnisses erforderlichen Daten gespeichert und dem Betroffenen im Einzelfall auf Antrag zur Verfügung gestellt werden. Um die Arbeit der Justiz zu erleichtern, soll eine zentrale Ansprechstelle für Nachfragen, die die Überprüfung des Messverfahrens betreffen, eingerichtet werden.



Verkehrsexperten-Debatte um die Dashcam, eine kleine, beispielsweise auf der Armaturenverkleidung installierte Videokamera.

Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Dashcam

In nicht seltenen Fällen kann die sogenannte Dashcam, ein Videogerät, das an der Innenseite der Windschutzscheibe befestigt wird, Sachverhalte in der Form darstellen, wie es in mündlicher und schriftlicher Form von Zeugen kaum wieder gegeben werden kann. Ein großes Problem dabei ist aber der Datenschutz, wenn diese Kamera permanent ihre Umwelt aufzeichnet. Der Arbeitskreis VI schlug daher vor, eine gesetzliche Regelung, die auf der Basis des europäischen Datenschutzrechts möglichst ein einheitliches Schutzniveau innerhalb der EU gewährleistet, auf den Weg zu bringen. Dabei müsse zwischen Beweisinteresse und Persönlichkeitsrecht ein Ausgleich geschaffen werden, der darin bestehen könnte, dass die Aufzeichnung mittels derartiger Geräte dann zulässig sei, wenn die Aufzeichnung anlassbezogen, insbesondere bei einem (drohenden) Unfall erfolgt oder bei ausbleibendem Anlass kurzfristig überschrieben wird. Rechtswidrig erlangte Aufnahmen sollten nach den von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen zu den Beweisverwertungsverböten behandelt werden. Verkehrsverstöße ohne schwerwiegende Gefährdung oder Folgen bleiben weiterhin außen vor. Der Missbrauch von Aufzeichnungen mit personenbezogenen Daten wie eine Veröffentlichung im Internet sollte mit Sanktionen bedroht werden.

MPU schon bei 1,1 Promille?

Nicht die große Bedeutung bei der Verfolgung von Straftaten und Ord-

nungswidrigkeiten, wohl aber in der Präventionsarbeit dürfte das Thema des zweiten Arbeitskreises für die polizeiliche Arbeit spielen. Paragraph 13 der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) verlangt unter anderem auch dann eine medizinisch-psychologische Untersuchung (MPU), wenn jemand im Straßenverkehr ein Fahrzeug mit der BAK von mehr als 1,6 Promille führte. Einige Gerichte weichen von diesem Wert ab und verlangen für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis eine MPU, wenn das Strafgericht die Fahrerlaubnis nach Paragraph 69 Strafgesetzbuch (StGB) entzogen hat, unabhängig davon, ob die 1,6 Promille erreicht wurden. Der Arbeitskreis empfiehlt, dass der Paragraph 13 FeV überarbeitet werden muss. Aufgrund der Rückfallwahrscheinlichkeit sollte die Anordnung der MPU bei Kraftfahrzeugführern bereits ab 1,1 Promille erfolgen. Der Arbeitskreis sah jedoch keine fachliche Grundlage für die grundsätzliche Annahme von Eignungszweifeln im Verwaltungsverfahren aufgrund einer einmaligen Trunkenheitsfahrt unter 1,1 Promille. Weiterhin stellt für die Experten ein sogenannter Alkohol-Interlock (also eine Wegfahrsperre für Kraftfahrzeuge, wenn die Person, die das Fahrzeug führen soll unter Alkoholeinfluss steht) keine Alternative zur Begutachtung der Fahreignung dar.

Aufgrund der Ergebnisse des Arbeitskreises I zum Atemalkohol und der Anordnung der Blutentnahme muss nach der Meinung des Verfassers zur Gleichbehandlung von Personen bei einer Änderung des Paragraphen 13 FeV auch an eine Streichung der 0,8 Milligramm pro Liter Atemalkoholkonzentration (AAK) gedacht werden, denn dies kann doch zu enormen Gerechtigkeitsproblemen führen.

forum

LESERMEINUNG

Fortsetzung von Seite 3

unberücksichtigt, obwohl sie gar nicht mehr beziehungsweise nur noch eingeschränkt eingesetzt werden können.

+ Dazu gibt es das neue und in seinen Ausmaßen sich beängstigend entwickelnde Phänomen der „eingeschränkt Verwendungsfähigen“. Dieses betrifft dann nicht nur die „Alten“, sondern überwiegend jüngere Generationen. Auch sie bleiben in den Stellenplänen unberücksichtigt, stehen für die Polizeiarbeit jedoch nur noch bedingt zur Verfügung.

+ Zudem ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, besonders bei Frauen nach der/den Schwangerschaft/en, ständig gestiegen. Nehmen sie ihren Dienst, wenn überhaupt, in Teilzeit wieder auf, werden sie zumeist in „Tagesdiensten“ und in der Sachbearbeitung eingesetzt. Für den Wach- und Wechseldienst stehen sie nicht mehr zur Verfügung.

+ Seit den beiden Kienbaum Gutachten sollte die Anzahl der PVB, die mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt sind, deutlich reduziert werden. Nach

meiner Einschätzung ist aber genau das Gegenteil der Fall: Es sind mehr als je zuvor. Aufgabenverwaltung geht vor Aufgabenbearbeitung.

+ Die polizeiliche Arbeit hat sich enorm verdichtet. Nicht nur was die Quantität und Qualität der Aufgaben betrifft, sondern auch was die Technik anbelangt. So ermöglichen beispielsweise Computer einerseits Dinge, die früher nicht möglich waren. Andererseits benötigen sie aber auch vermehrten Aufwand für die Datenpflege und in



der Anwendung der Programme. Unter dem Strich setzen sie kein Potenzial für die polizeiliche Arbeit frei, sondern binden dieses Potenzial für die Technikbetreuung. Angestellte werden zumeist mangels Geld nicht dafür eingestellt.

+ Ich glaube auch, dass sich die individuelle Motivation den Polizeiberuf zu ergreifen, verschoben hat – und zwar vom Berufs- zum Jobdenken. Dass dienstliche Belange grundsätzlich vor privaten kommen, das nicht die außerdienstlichen Interessen im Vordergrund stehen, das man nur im Team wirklich erfolgreich sein kann, das Polizeiarbeit zumeist auch Schichtdienst rund um die Uhr bedeutet und vieles mehr ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr.

Bekannt sind all diese und mehr Phänomene im Personalwesen seit Langem. Wirklich systemisch daran gearbeitet wurde eher selten. Jedenfalls hat das Drehen oder Nicht-Drehen an einer noch so kleinen personellen Stellschraube Auswirkungen auf das Personalsystem als solches.

Aber wahrscheinlich ist auch diese Binsenweisheit den politischen Verantwortungsträgern, zu denen ich im Übrigen Vertreter aller Parteien zähle, unbekannt beziehungsweise für sie nicht der Rede wert. Vielleicht findet sich auch hier irgendein Organisationsleiter, den man dafür in die Verantwortung nehmen kann.

Dr. Manfred Reuter, Hennef

Zu: „Wir brauchen Verstärkung“, DP 1/16

Wie jedes Jahr ermöglichte unsere Behörde im Januar wieder vielen jungen Schülern und Schülerinnen Praktika. Dazu gehört insbesondere das Kennenlernen der wichtigsten Basis unserer Arbeit, dem Wach- und Streifendienst. Angesichts der angespannten aktuellen Sicherheitslage und auch der zunehmenden Gewalt gegen uns aktive Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten betrachte ich dies aus einem kritischen Blickwinkel. Mittlerweile kann sich im Bereich einer jeden Polizeiinspektion im Land aus einem gewöhnlichen Routineeinsatz eine eingegefährdende Situation für die eingesetzten Beamtinnen und -beamten ergeben. Ich möchte mich weder bei den aufgebracht Eltern der jungen Menschen, noch beim Dienstvorgetzten und in einem gegen mich eingeleiteten Strafverfahren dafür rechtfertigen müssen, warum der/die im Streifenwagen mitfahrende Jugendliche im Einsatzgeschehen an Körper und Seele Schaden genommen hat.

Es ist sehr wichtig und richtig für uns, um Nachwuchs zu werben und interessierten Schülern und Schülerinnen einen möglichst authentischen Einblick in unseren vielfältigen Berufsalltag zu ermöglichen. Zu unseren Kernaufgaben gehört aber auch die Gefahrenab-

wehr. Daraus leite ich für mich ab, dass ich es momentan ausschließen möchte, etwa 15- bis 16-jährige Jugendliche mit auf Streife zu nehmen.

In der Januarausgabe der GdP-Zeitung DEUTSCHE POLIZEI ist das Titelthema „Polizei im Spannungsfeld“. Beigelegt ist ein Poster, in dem neben einem eindrucksvollen Bild auch die aktuelle, statistisch belegte Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamte aufgeführt ist. Es gibt viele Dienststellen in allen Behörden, die einen gefahrlosen Einblick für Jugendliche in den Polizeiberuf bieten können. Auch in einer Polizeiwache kann man als aufmerksamer Zuschauer und Zuhörer beim Wachdienstführer/AP und beim Einsatzbearbeiter eine Menge über unsere Arbeit erfahren. Entsprechend dem „Crash-Kurs“-Video der Direktion Verkehr könnte ich mir neben dem Abspielen eines Filmes über eine „normale“ Schicht auch das Zeigen eines Videos einer Einsatzfahrt vorstellen, die einen nicht ganz friedlichen Verlauf nimmt. Kein Darstellen von körperlicher, aber verbaler Gewalt. Dieser sind wir mittlerweile tagtäglich ausgesetzt. Diese Gewalt kann aber auch eskalieren. Selbst der „normale“ Bürger wird mittlerweile laut, wenn man ihn „nur“ auf eine Regelverletzung im Straßenverkehr aufmerksam macht. Das gibt mir im 26. Jahr meines ausgeübten Berufes sehr zu denken.

Claudia Müller, Essen



Nr. 3 • 65. Jahrgang 2016 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

**Deutsche
Polizei**

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016.



Druckauflage dieser Ausgabe:
180.850 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto:
ABACAPRESS.COM/dpa

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



Nochmal Kind sein dürfen!

Auf dem faltbaren REFLECTS FUN SCOOTER mit höhenverstellbarem Y-Lenker, großem Vorderrad (ø 230 mm), Schutzblech, Hinterrad (ø 80mm) mit Reibungsbremse Seitenständer und einer Tragkraft bis 100 kg fährt es sich besonders stilvoll. Das Trittbrett ist mit einer rutschfesten Oberfläche versehen. Aluminium, Kunststoff, Stahl. Ca. 94,5 x 12 x 10,5 cm / 3.85 kg. Farbe schwarz.

228003 REFLECTS FUN SCOOTER

 **74,95 €** **89,95 €**



Der REFLECTS FUN SKATER ist ein klassisches Skateboard für Sportbegeisterte und geprüft nach EN-13613. Zugelassen bis 100 kg, hat transparente 60 x 45 mm Räder, ABEC-7-Kugellager, und hochwertige Aluminiumachsen. Kunststoff. Ca. 57 x 16 x 12 cm / 1,7 kg.



- 258103 REFLECTS FUN SKATER Schwarz
- 258203 REFLECTS FUN SKATER Blau
- 258303 REFLECTS FUN SKATER Grün
- 258403 REFLECTS FUN SKATER Rot
- 258503 REFLECTS FUN SKATER Weiß

 **23,95 €** **28,95 €**

- 258403 REFLECTSFUNSKATERWerkzeug

 **4,50 €** **5,40 €**



Letzter Bestelltermin ist: 31.03.2016
Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.

Wer sich täglich Gefahren stellt, will beim Kredit keine Risiken.

- ▶ Sonderzins für Polizisten und den öffentlichen Dienst
- ▶ Lange Laufzeiten bis 144 Monate
- ▶ Hohe Beträge bis 100.000 €
- ▶ Jederzeit kostenfrei anpassbar in Rate, Laufzeit und Sondertilgung

Informieren Sie sich jetzt:

☎ 030/285 35-200
Stichwort: Polizei

🌐 www.abkbank.de/polizeikredit



Für den Öffentlichen Dienst. Und für Sie.

 **Allgemeine
Beamten Bank**